



# Plenarprotokoll

## 109. Sitzung

Donnerstag, 11. Februar 2021

Nachruf auf die ehemalige Abgeordnete Anke Gravert .....

8291

### Gemeinsame Beratung

a) Mündlicher Bericht zu der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Coronapandemie am 10. Februar 2021.....

8292

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/2750

b) **Transparenz, Nachvollziehbarkeit und norddeutsche Gemeinsamkeit bei den Coronamaßnahmen für die kommenden Monate sicherstellen.....**

8292

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/2763

Daniel Günther, Ministerpräsident. 8292  
Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 8296  
Tobias Koch [CDU]..... 8302  
Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 8307  
Christopher Vogt [FDP]..... 8309  
Lars Harms [SSW]..... 8315  
Jörg Nobis [AfD]..... 8318  
Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]... 8319  
Serpil Midyatli [SPD]..... 8321

Tobias von Pein [SPD].....	8322	* * * *
Claus Schaffer [AfD].....	8323	
Birte Pauls [SPD].....	8324	<b>Regierungsbank:</b>
Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	8325	Daniel Günther, Ministerpräsident
Dr. Heiner Garg, Minister für So- ziales, Gesundheit, Jugend, Fa- milie und Senioren.....	8325	Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten
Beschluss: 1. Der Berichts Antrag Drucksache 19/2750 hat durch die Berichterstattung der Landesregie- rung seine Erledigung gefunden 2. Überweisung des An- trags Drucksache 19/2763 an den Sozialausschuss.....	8326	Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Ge- sundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zwei- ter Stellvertreter des Ministerpräsidenten
<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2021.....</b>	8326	Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz
Gesetz der Landesregierung Drucksache 19/2401		Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissen- schaft und Kultur
Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 19/2773		Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleich- stellung
Stefan Weber [SPD], Bericht- erstatter.....	8326	Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digita- lisierung
Beschluss: 1. Ergänzung des Gesetz- entwurfs Drucksache 19/2401 um die Artikel 7 und 10 2. Überweisung des er- gänzten Gesetzentwurfs Drucksa- che 19/2401 an den Finanzaus- schuss.....	8327	Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus
		* * * *

**Beginn: 12:03 Uhr**

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 43. - außerordentliche - Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt sind die Abgeordneten Johannes Callsen, Dr. Kai Dolgner, Eka von Kalben, Dr. Marret Bohn und Dr. Andreas Tietze. Wir wünschen den Kolleginnen und Kollegen gute Genesung.

(Beifall)

Die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein hat nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme an der heutigen Sitzung wiederum verhindert ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Der Schleswig-Holsteinische Landtag trauert um seine ehemalige Abgeordnete Anke Gravert. Die gelernte Hauswirtschaftslehrerin, am 22. Mai 1935 auf Nordstrand geboren, verstarb am 23. Januar. Sie wurde 85 Jahre alt.

Anke Gravert war eine starke Frau, die bestehende Probleme nicht nur beklagte, sondern diese selbst aktiv anpackte, um sie zu lösen. So fand sie ihren Weg zunächst in die Kommunal- und später in die Landespolitik.

20 Jahre, von 1970 bis 1990, gehörte sie der Gemeindevertretung von Kronshagen an. 16 Jahre davon war sie Bürgervorsteherin - die erste Frau übrigens, die dieses Amt in der Gemeinde Kronshagen innehatte. Ihr kommunalpolitisches Mandat blieb Anke Gravert auch nach ihrem Einzug in den Schleswig-Holsteinischen Landtag wichtig. Es war ihr ein Seismograph dafür, wie sich die politischen Weichenstellungen des Landes auf die Menschen und auf die Problemlagen vor Ort auswirken, und es lieferte ihr umgekehrt wichtige Impulse für ihre parlamentarische Arbeit.

Von 1983 bis 1992 war Anke Gravert Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Hier wirkte die Christdemokratin vor allem im Agrar- und Umweltausschuss, dem sie durchgängig angehörte. In der 10. und 11. Wahlperiode arbeitete sie zudem im Ausschuss für Kultur, Jugend und Sport mit. Weitere Felder ihrer parlamentarischen Arbeit waren der in der 10. Wahlperiode eingerichtete Untersu-

chungsausschuss zur „Deponie Schönberg“, der Landeswahlausschuss und das Friesengremium.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Anke Gravert war eine herausragende, unserer Heimat Schleswig-Holstein und ihrer niederdeutschen Kultur tief verbundene Politikerin, die sich mit großer Umsicht und hohem Pflichtbewusstsein ihren Aufgaben stellte. Und sie tat weitaus mehr als nur das. Sie beschrift immer wieder neue Wege, blieb dabei ein freier, unabhängiger Geist und ließ sich auch von den Widerständen jener Zeit nicht beeindruckten.

Anke Gravert engagierte sich von Beginn ihrer Karriere an sehr erfolgreich dafür, mehr Frauen für die Politik zu begeistern. Nicht nur für die CDU in Schleswig-Holstein, deren stellvertretende Landesvorsitzende sie zwölf Jahre war, wurde sie zu einer wichtigen Vorreiterin. Prägend war insbesondere ihr Einsatz für die Frauen Union, zu deren Gründungsmüttern Anke Gravert gehörte. Ihre Stimme behielt auch nach ihrem Ausscheiden aus der Landespolitik Gewicht. Ihre politischen Positionen haben - in vielen Belangen - bis heute nichts an ihrer Aktualität eingebüßt.

Anke Gravert war - auch in diesem Hause - eine wichtige Brückenbauerin, die mit ihrer herzlichen, zupackenden und geraden Art Menschen erreichte. Sie betonte zuallererst das Verbindende, das Gemeinsame und nicht das Trennende, denn sie begriff Politik immer als Teamleistung - auch über die Fraktions- und Koalitionsgrenzen hinweg.

Für ihr herausragendes Engagement in Politik und Gesellschaft wurde Anke Gravert mit dem Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt. Die Gemeinde Kronshagen verlieh ihr 1990 den Ehrenring.

Meine Damen und Herren, der Schleswig-Holsteinische Landtag ist dankbar für die von Anke Gravert geleistete Arbeit und wird ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren. Unsere Anteilnahme gilt ihren Angehörigen. Ich bitte Sie, einen Moment im Gedenken an die ehemalige Abgeordnete Anke Gravert innezuhalten. - Sie haben sich zu Ehren Anke Graverts erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen die im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnungspunkte 2 und 3, mündlicher Bericht zu der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Coronapandemie am 10. Februar 2021 und Antrag zu Transparenz, Nachvollziehbarkeit und nord-

**(Präsident Klaus Schlie)**

deutsche Gemeinsamkeit bei den Coronamaßnahmen für die kommenden Monate sicherstellen, gemeinsam zu beraten.

Zu Tagesordnungspunkt 1 ist eine Aussprache nicht geplant.

Weitere Tagesordnungspunkte liegen nicht vor. Wir werden heute bis circa 14:30 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags die Besucherinnen und Besucher, die es trotz der Pandemie geschafft haben, zu uns zu kommen. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 2 und 3 auf:

**Gemeinsame Beratung****a) Mündlicher Bericht zu der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Coronapandemie am 10. Februar 2021**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/2750

**b) Transparenz, Nachvollziehbarkeit und norddeutsche Gemeinsamkeit bei den Coronamaßnahmen für die kommenden Monate sicherstellen**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/2763

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. - Mit dem Antrag zu a) wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Ich sehe, dass das einstimmig so beschlossen ist.

Ich erteile dann für die Landesregierung dem Ministerpräsidenten Daniel Günther das Wort.

**Daniel Günther, Ministerpräsident:**

Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Selbstverständlich komme ich dem Berichtsantrag für die Landesregierung gerne nach und berichte über die Konferenz, die gestern stattgefunden hat. Sie ist mit vielen Erwartungen verbunden gewesen. Sinkende Inzidenzen in ganz Deutschland haben dazu beigetragen, dass es viel

Hoffnung gegeben hat. Aber die Virusmutation ist etwas, was uns alle mit Sorge umtreibt und uns bei all den Schritten, die wir im Moment zu verabreden haben, nicht sicher macht.

Sorgsam vorgehen, aber Perspektiven aufzeigen, das war der Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger im Vorfeld der Konferenz. Wir haben von unserer Seite aus bereits in der letzten Ministerpräsidentenkonferenz einen Beschluss herbeigeführt, der unsere Erwartungshaltung formuliert hat, dass wir zu einem Stufenplan kommen, der den Menschen echte Perspektiven aufzeigt. Wir haben hierzu einen Perspektivplan vorgelegt, der auch hier im Haus von einer breiten Mehrheit getragen wurde. Dadurch haben sich auch andere Länder darin bestärkt gefühlt, Perspektivpläne vorzulegen.

Aber wer in Deutschland auch mit Blick auf unseren Perspektivplan in Schleswig-Holstein die Hoffnung gehabt hat, dass wir zu einer bundesweiten Verabredung kommen, der muss - das muss man, glaube ich, offen sagen - im Moment ein bisschen enttäuscht auf diesen Gipfel blicken. Ich will das auch für mich selbst sagen. Auch ich hätte mir gewünscht - ich glaube, wir alle hätten es uns gewünscht -, dass wir zu noch verbindlicheren Regeln gekommen wären. Aber ich sage an der Stelle auch: Nur durch das beharrliche Wirken, übrigens auch von anderen Ministerpräsidentinnen - ich will das sehr deutlich sagen, Malu Dreyer und Manuela Schwesig haben mich in dieser Konferenz sehr dabei unterstützt, zu einem echten Perspektivplan zu kommen; wenige andere haben auch mitgeholfen -,

(Heiterkeit)

haben wir es geschafft - das ist für mich wichtig -, dass die Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz gemeinsam mit dem Bund zum ersten Mal nicht nur den nächsten Schritt definiert hat. Zum ersten Mal haben wir nicht nur gesagt, was in den nächsten drei Wochen passiert, sondern wir haben gemeinsam verabredet, dass auch der zweite Schritt mit einer Zuordnung der Inzidenzen definiert und gleichzeitig auch der dritte Schritt beschrieben wird, nämlich welche weiteren Bereiche von Öffnung profitieren können.

Wir hätten uns das alle miteinander verbindlicher gewünscht, und ich verstehe manchen, der enttäuscht ist. Aber ich sage ganz klar: Ob die Erwartungshaltung der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner erfüllt wird, hat sich nicht gestern entschieden, sondern dafür ist heute in diesem Parlament der entscheidende Tag; denn wir haben es in der Hand, ob das, was wir in unserem Stu-

**(Ministerpräsident Daniel Günther)**

fenplan beschrieben haben, was in den ersten Punkten teilweise eins zu eins von dem Beschluss der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gedeckt ist, jetzt in Schleswig-Holstein Wirklichkeit wird. Deswegen müssen wir uns heute über die Dinge unterhalten, die nach unserem Stufenplan möglich sind.

Was das angeht, was ich in den vergangenen Sitzungen gesagt habe, so haben Sie, Herr Stegner, manchmal gesagt, ich lobe Sie ein bisschen zu viel. Heute habe ich umgekehrt ein bisschen die Erwartungshaltung, dass wir uns sagen, ob wir zu dem, was wir hier im Parlament beschlossen haben, jetzt auch gemeinsam stehen; denn im Vorfeld der Konferenz hat mich schon ein bisschen gewundert, dass zu dem, was wir beim letzten Mal sehr einvernehmlich diskutiert haben - Stufenplan, Ampel -, die Botschaft aus der SPD vor der Konferenz war, im Moment seien gar keine Öffnungsschritte vonnöten. Ich habe es immer so verstanden, es immer wieder so gesagt und auch akzeptiert, als ich beim letzten Mal da gesessen habe und Sie zu mir gesagt haben, im Wesentlichen sei der Stufenplan bei der SPD abgeschrieben.

Mein Verständnis von einer Ampel war: Rot heißt „stehen“, Gelb heißt „vorbereiten auf Öffnung“ und Grün heißt „öffnen“. Vielleicht war es naiv, das zu glauben. Aber im Moment fehlt mir ein bisschen die Fantasie, dieses Ampelsystem zu verstehen. Wenn auch Grün bei Ihnen bedeutet, dass man stehen bleibt, dann haben wir tatsächlich ein unterschiedliches Verständnis von Perspektivplänen.

Ich sage gleich, was wir gemäß unserem Perspektivplan umsetzen, und ich möchte schon wissen, ob wir weiter dazu stehen. Heute haben Sie ja wieder einen Antrag im Schleswig-Holsteinischen Landtag zum Perspektivplan und zur obersten Priorität von Schulen und Kitas gestellt. Zu dem Bereich sage ich sehr deutlich: Ich weiß, der Schritt am 22. Februar ist schon nicht leicht. Wir machen es ja auch eine Woche später, als wir es uns vorgenommen hatten, damit sich Schulen und Kitas gut darauf vorbereiten können. Aber wir waren uns eigentlich immer alle darin einig, dass Schulen und Kitas jetzt geöffnet werden. In der Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz fühlte ich mich auch stark genug, immer zu sagen, das gesamte Parlament steht hinter mir, wenn ich jetzt dafür werbe. Alle Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der SPD waren der Auffassung, dass ein Öffnungsschritt jetzt verantwortbar ist. Die Kultusministerkonferenz hat im Vorfeld unter dem Vorsitz von Britta Ernst, ehemalige SPD-Ministerin in

Schleswig-Holstein, jetzt Ministerin in Brandenburg, beschlossen, dass Schulen und Kitas sofort geöffnet werden sollen. Ich darf nun nicht aus vertraulichen Ministerpräsidentenkonferenzen berichten; da soll ja möglichst nichts rausgehen.

(Heiterkeit)

Aber es war insbesondere Franziska Giffey, die gesagt hat: Ihr müsst jetzt auf jeden Fall den Präsenzbetrieb für Kitas ermöglichen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist ja ein Ding!)

Jetzt frage ich einmal hier im Landtag, und das muss heute beantwortet werden: Wo stehen die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein bei der Frage, ob Schulen und Kitas am 22. Februar geöffnet werden sollen? Wir sagen: Ja, eine Öffnung ist richtig.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Birte Pauls [SPD]: Das ist ein Ablenkungsmanöver!)

- Nein, das ist kein Ablenkungsmanöver. Aber jetzt sage ich Ihnen auch einmal: Angesichts der Sensibilität dieses Themas,

(Serpil Midyatli [SPD]: Genau!)

anlässlich dessen man als Ministerpräsident in einer Konferenz ist und über Perspektivpläne, Verlässlichkeit und darüber spricht, ob sich die Bürgerinnen und Bürger auf das verlassen können, was wir vorher gesagt haben, finde ich es schon etwas problematisch, wenn wir hier im Parlament bei einer Inzidenz von 90 darüber sprechen, dass wir Öffnungsschritte für Schulen und Kitas für richtig halten, wenn die Inzidenz 21 Tage lang unter 100 ist, und dann, wenn wir bei 60 sind und ich natürlich dafür eintrete, dass wir das, was wir den Menschen versprochen haben, auch umsetzen, mitten in solchen Vorbereitungen plötzlich kommt: Jetzt müssen wir ein Stoppschild setzen. - Das ist an dieser Stelle nicht verantwortbar.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Unglaublich!)

Da sage ich Ihnen: Wenn wir über Perspektivpläne und über Verlässlichkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern reden, dann werden wir in den nächsten Wochen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern so nicht argumentieren können.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir Perspektiven aufzeigen, dann müssen wir das am Ende auch umsetzen.

**(Ministerpräsident Daniel Günther)**

An dieser Stelle räume ich eines ein, damit da Klarheit besteht: Wir haben nicht alles durchsetzen können, was in unserem Perspektivplan steht. Ja, wir hätten nach unserem Perspektivplan auch schon am 15. Februar öffnen können, und nein, wir machen das jetzt nicht, übrigens auch deshalb nicht, weil die Ministerpräsidentenkonferenz erst am Mittwoch getagt hat und wir es nicht für verantwortbar gehalten haben, heute den Schulen und Kitas zu sagen: Ihr müsst am Montag öffnen. Wie hätten Heiner Garg und Karin Prien eine Teststrategie hinbekommen sollen, durch die die Testungen der Lehrkräfte und der Erzieherinnen und Erzieher gewährleistet werden?

Wir machen das sorgsam und mit Augenmaß. Klar ist an der Stelle aber auch: Es ist später, als wir das angekündigt haben. Ja, wir machen es auch nur in den Grundschulen, weil der weit überwiegende Teil der Bundesländer zu dem Zeitpunkt auch nur die Grundschulen öffnen wird. Deshalb sage ich denjenigen, die auf die 5. und 6. Klasse gehofft haben - so, wie es in unserem Stufenplan steht -, dass wir das zu dem Zeitpunkt nicht umsetzen werden.

Auch denjenigen, die gehofft haben, dass es Lockerungen für private Treffen geben wird, weil das so in unserem Stufenplan steht, muss ich in aller Offenheit sagen: Es gibt auf Bundesebene eine andere Verabredung, und zu der werden wir in Schleswig-Holstein auch stehen.

Und ja, auch der Einzelhandel hätte sich nach unserem Stufenplan eine andere Perspektive gewünscht. In aller Offenheit muss ich sagen, wir hätten uns vorstellen können, perspektivisch schon unter 50 zu öffnen. Niedersachsen hat einen Stufenplan vorgelegt, in dem 35 stand. Es gab kaum eine Ministerpräsidentin oder einen Ministerpräsidenten, die oder der zum jetzigen Zeitpunkt in der Unsicherheit, was die Virusmutation bedeutet, schon das Versprechen hätte abgeben wollen, dass wir bei einem höheren Inzidenzwert heute schon sagen können, dass der Einzelhandel geöffnet wird. Ich halte es, ehrlich gesagt, auch für vertretbar, dass wir zum heutigen Zeitpunkt - weil wir noch nicht wissen, wie sich das ausbreitet, was das mit den Inzidenzen macht - eher einen größeren Puffer haben. Wir müssen uns Anfang März 2021 darüber unterhalten, ob wir es für verantwortbar halten, in diesen Bereichen einen Öffnungsschritt zu machen oder wir das für nicht verantwortbar halten.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Richtig ist: Das ist noch ein weiter Weg. Aber allen Einzelhändlerinnen und Einzelhändlern, die sich eine Perspektive erhoffen, sage ich: Wir sind in Schleswig-Holstein in sechs Landkreisen und kreisfreien Städten schon jetzt bei einer Inzidenz von 35 und weniger. Es ist nun nicht abwegig, dass wir es, nachdem wir in den letzten Wochen von 100 auf 60 runtergegangen sind, schaffen können - wenn wir weiterhin sehr diszipliniert sind -, diese Schritte auch in der nächsten Zeit zu gehen. Das sollte uns Hoffnung machen.

Es gibt auch die Frage von manchen, ob wir in dieser Situation nicht vom Bundesweg abweichen und eigene Wege gehen sollten. Dazu sollten wir den Bürgerinnen und Bürgern in Schleswig-Holstein deutlich sagen: Wir sind nicht mehr weit vom Bundesdurchschnitt entfernt. Wir haben heute eine Inzidenz von 60, bundesweit liegt sie bei 64. Da verbietet sich aus meiner Sicht jede Diskussion darüber, eigene Wege oder andere Wege zu gehen.

Mir ist sehr wichtig festzustellen: Der Bund hatte vorgeschlagen, bundesweit eine 35er-Inzidenz festzulegen. Das haben wir abgelehnt und gesagt: Nein, das bindet uns zu sehr; es kann nicht sein, dass wir nachher gezwungen werden, weil andere Bundesländer zu hohe Inzidenzen haben, hier im Land Öffnungsschritte nicht machen zu können, sondern der Weg bleibt für uns frei. Das werden wir auch verantwortbar umsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Jetzt sage ich Ihnen, was kommen wird, was wir verabredet haben. Es wird interessant, wie sich die SPD zu diesen Punkten verhalten wird.

Den Zeitpunkt 22. Februar, Kita und Schule, Regelbetrieb, habe ich bereits angesprochen. Ich habe gestern auch das beantwortet, was wir in der letzten Sitzungswoche miteinander besprochen haben: Was heißt das eigentlich für Kreise, die eine zu hohe Inzidenz haben? Das werden wir am 15. Februar präzise beantworten. Im Moment haben Flensburg, Pinneberg, Herzogtum Lauenburg und Lübeck eine sehr hohe Inzidenz. Deshalb muss man im Moment sagen: Ob da wirklich am 22. Februar geöffnet werden kann, ist erheblich in Zweifel zu ziehen. Aber wir werden diese Frage am Montag beantworten.

Wir werden auch die Erweiterungen in den Berufsschulen gemäß dem Stufenplan umsetzen und auch - wie wir es in unserem Plan vorgesehen haben - körpernahe Dienstleistungen wieder öffnen. Wir wollen vielen Menschen, denen es vielleicht nicht so leichtfällt, mit einer etwas längeren Frisur umzu-

**(Ministerpräsident Daniel Günther)**

gehen, sondern denen es wichtig ist, dass sie auch da eine Perspektive haben, eine große Erleichterung verschaffen, indem wir das umsetzen. Ja, wir werden ab dem 1. März die Friseure in Schleswig-Holstein wieder öffnen.

Ich sage auch dazu: Wir halten es für verantwortbar, auch körpernahe, elementare Dienstleistungen, also auch die Nagelstudios, in Schleswig-Holstein zu öffnen, weil wir es für richtig halten, hier insgesamt konsequent vorzugehen. Fußpflegerinnen und Fußpfleger hatten wir schon medizinisch und pflegerisch erlaubt. Deshalb finde ich es konsequent, diesen Schritt gemeinsam am 1. März zu gehen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Zum Thema Sport hat der Kollege Lars Harms uns in vielen Gesprächen immer wieder deutlich gemacht, dass er gemeinsam mit uns der Auffassung ist, dass es hier eine größere Perspektive geben müsse. Weil wir die Kontaktbeschränkungen nicht verändern, haben wir jetzt entschieden, dass wir unseren Öffnungsschritt für Sportanlagen im Außenbereich zum 1. März auch auf Sportanlagen im Innenbereich erweitern. Ich finde, das ist auch richtig. Wir haben Kontaktregelungen, dass man sich nur mit einer Person oder im eigenen Hausstand bewegen darf. Angesichts der Temperaturen, die wir im Moment haben, ist es richtig, dass wir auch eine Perspektive für den Sport im Innenbereich in einem verantwortungsbewussten Bereich geben. Es ist für den Sport in Schleswig-Holstein wichtig, dass das in der nächsten Zeit ab dem 1. März bei uns wieder möglich wird.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir haben in unserem Perspektivplan angekündigt, dass wir es bei den derzeitigen Inzidenzen für verantwortbar halten, Wildparks und Zoos zu öffnen. Ja, wir haben auch in diesem Punkt abgewogen und gesagt, es ist verantwortbar, dass Menschen in diesen Zeiten - wo so viele Kontakte eingeschränkt werden - die Möglichkeit haben, in Wildparks und Zoos zu gehen - unter Beachtung der klaren Hygieneregeln, ohne Öffnung von Spielplätzen, von Gemeinschaftsunterkünften und Restaurationen. Auch hier wollen wir zum 1. März einen Öffnungsschritt machen, genauso wie im Stufenplan angekündigt. Darauf können sich die Menschen in Schleswig-Holstein verlassen. Deshalb werden wir auch diesen Öffnungsschritt zum 1. März 2021 durchführen.

(Vereinzelter Beifall CDU, FDP, Beifall Lars Harms [SSW] und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir werden über den Bereich des Stufenplans hinaus zwei weitere Veränderungen in der Verordnung vornehmen. Wir haben uns sehr bewusst noch einmal angeschaut - das greift auch einen Punkt aus Ihrem Antrag auf, Herr Dr. Stegner -, dass wir möglichst gleiche Regelungen in den norddeutschen Ländern haben. Das müssen wir sicherstellen. Ich glaube, dass unser Perspektivplan in vielen Punkten auch eine Offenheit hat, ihn auch im norddeutschen Verbund umzusetzen. Deshalb war es uns wichtig, dass wir bestehende Unterschiede in den Regelungen zwischen den norddeutschen Bundesländern angleichen. Das ist der Grund dafür, dass wir jetzt zwei Dingen eine Perspektive geben.

Jeder hat die Demonstration unserer Fahrlehrerinnen und Fahrlehrer in den letzten Tagen mitbekommen. Es ist für jeden nachvollziehbar, dass die unterschiedlichen Regelungen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein auch aus Infektionsschutzgesichtspunkten dauerhaft nicht verantwortbar sind. Es ist nicht verantwortbar, dass die nach Hamburg fahren müssen.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es ist deshalb richtig, dass wir diesen Schritt schnell zum 22. Februar beheben. Das heißt, die praktischen Fahrstunden für die berufsbezogene Ausbildung - genau das ist in Hamburg erlaubt - werden ab dem 22. Februar auch in Schleswig-Holstein zulässig sein. Das ist eine gute Nachricht für all die Menschen, die hier demonstriert und zu Recht gesagt haben, dass diese Ungleichheit beseitigt werden muss.

Als letzten Punkt: Wir machen noch einen weiteren Unterschied zu anderen Bundesländern, das betrifft einen Teilaspekt des Einzelhandels. Es ist gut, dass wir auch in diesem Bereich eine Perspektive geben - das ist in dieser Jahreszeit auch verantwortbar und richtig -, das ist der Bereich Blumenläden und Gartenbaucenter. Wir haben uns dazu entschieden, ähnlich wie das in anderen norddeutschen Ländern geregelt ist, dass wir zum 1. März Blumenläden und Gartenbaucenter in Schleswig-Holstein unter den Hygieneregeln - ganz klar - erlauben. Wir halten es zum jetzigen Zeitpunkt für verantwortbar, diesen Schritt - auch wenn wir ihn eigentlich erst später vorgesehen hatten - zum 1. März zu gehen, damit wir in Norddeutschland ähnliche Regeln haben. Das



**(Ministerpräsident Daniel Günther)**

ist ein guter und richtiger Schritt, der unserem Land weitere Perspektiven gibt.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, wir haben auch in den nächsten Wochen in der Hand, ob die Hoffnungen, die wir mit unserem Stufenplan genährt haben, bei den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land enttäuscht werden, oder ob wir diese Hoffnungen rechtfertigen können.

Ich sage sehr deutlich: Wenn der Schleswig-Holsteinische Landtag diesen Vorschlag der Jamaika-Koalition unterstützt, werden wir im ersten Schritt einen extrem großen Teil unserer Ankündigungen für die ersten Schritte erfüllen. Wir werden deutlich über das hinaus, was wir auf Bundesebene verabredet haben, eine Perspektive für unser Land bieten. Auch wir werden das mit Vorsicht machen. Wenn Inzidenzwerte hochgehen und sich die Situation verändert, heißt „Stufenplan“ nicht gleich „Öffnungsplan“, sondern es gilt immer, mit Augenmaß vorzugehen und gegebenenfalls Entscheidungen wieder zu verändern, um Menschen zu schützen. Die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger steht für uns alle im Mittelpunkt.

Aber: Ja, wir können mit diesem Perspektivplan, den wir vorgelegt haben, in den nächsten Wochen Hoffnungen machen. Wir können im Bildungs- und Kita-Bereich alles genau so umsetzen, wie wir es im Stufenplan vorgesehen haben. Ich werde mit der Unterstützung des Parlamentes, auf die ich mich dann verlassen kann, als Ministerpräsident in den nächsten Wochen bei allen Ministerpräsidentenkonferenzen dafür werben, dass unser Stufenplan bei diesen Regelungen so weit wie möglich umgesetzt wird. Dafür werde ich mich mit der gesamten Landesregierung einsetzen. Ich bitte Sie alle um Unterstützung für diesen Weg. Die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein bitte ich um Verständnis dafür, dass noch harte Wochen vor uns liegen. Ich bitte Sie alle herzlich um Ihre Unterstützung. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat der Herr Oppositionsführer, der Fraktionsvorsitzende der SPD, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als im vergangenen November der sogenannte Lockdown light beschlossen wurde, hatten viele die Hoffnung, dass es bis Weihnachten besser würde. Als daraus dann der Advents-Lockdown wurde, richteten sich die Erwartungen auf das neue Jahr. Bei der Verlängerung im Januar 2021 ging es um einen Zeitraum bis Mitte Februar 2021. Und jetzt wird klar, dass der Lockdown für die meisten bis mindestens Mitte März 2021 weitergehen wird.

Das sind lange Wochen, das zehrt an den Nerven und Kraftreserven, die bei vielen Menschen nach dem anstrengenden Jahr 2020 ohnehin kaum noch vorhanden sind. Sicherlich müssen wir heute festhalten, dass im Rückblick nicht jede Durchhalteparole klug gewählt war, denn der ständige Verweis auf den folgenden Monat - meistens schon unmittelbar nach der Beschlussfassung und in wortgleicher Wiederholung von Appellen - musste allmählich schal wirken und notwendigerweise zur Enttäuschung führen. Die Vielstimmigkeit der politisch Verantwortlichen und die Widersprüchlichkeit mancher Regelungen kamen erschwerend hinzu.

Zur Ehrlichkeit gehört auch: Es ist zunehmend ein Problem, dass selbst überdurchschnittlich gut informierte Menschen nur noch schwer nachvollziehen können, auf welcher Grundlage insbesondere bei den Bund-Länder-Beratungen weitreichende Beschlüsse gefasst werden. Die Rückmeldungen zeigen uns, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger den Eindruck haben, es gäbe ein geheimes Expertenwissen.

(Zuruf Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir alle wissen: So etwas gibt es natürlich nicht. Wir müssen es aber als dringenden Appell begreifen, die Kommunikation erheblich besser zu machen.

Auf der einen Seite haben wir wachsende öffentliche Erwartungen, dass Kitas, Schulen, Friseure oder der Einzelhandel wieder öffnen. Auf der anderen Seite beschreiben Experten die Wirkmächtigkeit von Coronamutationen und - trotz sinkender Infektionszahlen - die Gefahr einer dritten Welle. Da hat die Politik ein gewaltiges Vermittlungsproblem, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es ist falsch zu glauben, dass es mit längerer Dauer der Pandemie weniger Erklärung, Hintergrund und Begründung für die Maßnahmen bräuchte. Das Gegenteil ist der Fall. Ich sage das nicht nur mit Blick



(Dr. Ralf Stegner)

auf die Eingriffe in die Grundrechte, die immer zeitlich begrenzt und verhältnismäßig sein müssen, sondern hier gilt der Satz von Thomas Mann:

„Es ist schwer, es zugleich der Wahrheit und den Leuten recht zu machen.“

Das ist aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kärnerarbeit, die wir in der parlamentarischen Demokratie alle zusammen zu leisten haben.

Ich habe es beim letzten Mal gesagt und wiederhole es gern: Das Verlesen von Beschlusstexten bei spät-abendlichen Pressekonferenzen reicht nicht aus, um Menschen zu erklären, warum sie weitere Wochen mit harten Einschränkungen vor sich haben.

(Beifall SPD)

Mit dieser Kommunikation muss endlich Schluss sein. All das unterstreicht noch einmal, warum Transparenz und Nachvollziehbarkeit bei allen Maßnahmen gegen die Pandemie so entscheidend sind. Sie sind das demokratische Gegenmittel gegen Coronaleugner, Verschwörungstheoretiker, Rechtsradikale und Verwirrte. Wenn das misslingt, machen die politischen Rattenfänger Kasse. Das, Herr Kollege Petersdotter, habe ich mit meinen Anmerkungen gemeint, die Sie öffentlich infrage gestellt hatten. Das ist der Punkt, den wir leisten müssen. Deswegen müssen wir uns alle miteinander deutlich mehr anstrengen, die Kommunikation zu verbessern, sie widerspruchsfrei zu halten und nur Dinge zu versprechen, die wir auch einhalten können.

(Beifall SPD)

Es kann keinen Zweifel geben, dass der Gesundheitsschutz weiterhin oberste Priorität hat. Das habe ich für meine Fraktion immer wieder betont, und ich bleibe auch heute dabei. Die Infektionszahlen sinken, aber sie sinken zu langsam. Es verbreiten sich zunehmend Mutationen des Virus, vor deren Auswirkungen Virologen dringend warnen, weil sie die Gefahr einer höheren Ansteckung mit sich bringen. Eine nächste Welle auf Basis der noch immer hohen Zahlen bei gleichzeitig höherem Ansteckungsrisiko wäre fatal. Vor diesem Hintergrund trägt meine Fraktion bei aller sachlichen Kritik insgesamt die Verlängerung der Maßnahmen mit. Wir haben das immer getan und tun es auch jetzt.

Nach fast einem Jahr Corona wird es in den kommenden Wochen noch wichtiger werden, neben der körperlichen auch die seelische Gesundheit in den Blick zu nehmen. Darauf weisen uns immer mehr Expertinnen und Experten hin. Die Einschränkungen und Einschnitte gehen an vielen Menschen nicht spurlos vorbei. Über einsame ältere Menschen

in Heimen und anderswo haben wir hier mehrmals gesprochen, und dank der Impfungen in den Heimen haben wir hier gewisse Fortschritte erzielt. Es ist übrigens kein Privileg für Geimpfte, wenn dort die Besuchsregelungen wieder aufgehoben werden können und weniger streng sind, füge ich einmal hinzu.

Ganz besonders trifft das Problem Kinder und Jugendliche, die solche Erfahrungen anders als Erwachsene verarbeiten. Viele drohen, ein wichtiges Lebensjahr in ihrer Entwicklung buchstäblich zu verlieren. Treffen mit Gleichaltrigen sind kaum noch möglich, die schulische Situation sorgt für Druck, vielleicht sogar für Angst um Abschluss oder Versetzung. Der nicht nur in der Pubertät wichtige Ausgleich im Sportverein entfällt, Jungentreffs sind geschlossen. Ein Jahr ohne Partys oder Treffen in größerer Runde ist im Alter von 50 oder 60 - sage ich einmal - in den allermeisten Fällen hinnehmbar, für einige vielleicht sogar willkommene Abwechslung vom selbst auferlegten Freizeitstress, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Nee! Nee!)

Mit 14 oder auch 18 sieht das anders aus. Man muss nur einmal kurz zurückblicken, wie es gewesen ist, als wir selbst in dem Alter waren.

(Beifall SPD, FDP und SSW)

Selbst Sie, Herr Kollege Vogt, sind ja schon etwas älter,

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

aber ich möchte sagen, dass wir dies stärker berücksichtigen müssen.

Die Frau Bundeskanzlerin hat gestern Abend in der Pressekonferenz etwas ganz Bemerkenswertes gesagt. Sie habe festgestellt, dass sie in der Bildungspolitik, bei Kitas und Schulen keine Vetorechte beanspruchen könne. Dafür seien die Bundesländer zuständig.

(Zuruf: Nach 16 Jahren!)

Für diese wertvolle und mit hörbarem Unmut vorgetragene Erkenntnis hätte es keiner sechsständigen Konferenz mit dem uns schon vertrauten Livestream-Ticker bedurft. Da hätte ein Blick ins Grundgesetz genügt, um festzustellen, dass die Länder dafür zuständig sind.

(Beifall SPD und SSW)

Vielleicht erklärt das die Kritik der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer, das Kanzleramt habe sich an der Debatte über Perspek-

**(Dr. Ralf Stegner)**

tiven lustlos beteiligt. Nun regeln es also die Länder selbst. - Bravo, kann ich da nur sagen, dolles Ergebnis.

Schleswig-Holstein bleibt mit den Öffnungen für Kitas und Grundschulen, die ich ausdrücklich begrüße, Herr Ministerpräsident, und die den Eltern große Entlastung verschaffen, hinter dem eigenen Stufenplan zurück. Ich sage das hier ganz deutlich, und man muss das auch feststellen.

(Zuruf CDU: Toll!)

Das, was stattfindet, ist richtig, und wir unterstützen es, was die Maßnahmen zum 1. März 2021 angeht. Denn trotzdem muss der Gesundheitsschutz Priorität haben.

Das sage ich auch an Ihre Adresse, Frau Bildungsministerin. Für Sie gilt die alte Fußballerweisheit: Erst hatte sie kein Glück, und dann kam auch noch Pech dazu. Sie haben allerdings, was Ihre öffentliche Kommunikation betrifft, schon eine bemerkenswert lange Pechsträhne. Ihre Ankündigungen und die Realität an den Schulen sind zwei völlig verschiedene Paar Stiefel. Heute lehnen Sie die Testung an den Schulen ab, weil sie zu teuer sei, morgen versichern Sie, dass sie schnell in Gang kommen soll. Wer soll Ihnen das eigentlich glauben? - Die Pechsträhne haben eher die Eltern, die Lehrerschaft und die Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD und SSW)

Auf den Stufenplan und die vermeintlichen Widersprüche, Herr Ministerpräsident, komme ich gleich noch einmal zurück.

(Serpil Midyatli [SPD]: Hat er ja selbst gemacht!)

Ganz wichtig sind jetzt Schutzkonzepte bezüglich einer Testungsoffensive mit verlässlichem Management, FFP2-Masken, Luftfiltern und so weiter.

Richtig ist auch, dass die Impfpriorität bei Erzieherinnen und Erziehern sowie Lehrkräften nochmals überprüft wird. Hier muss allerdings die Impfkommision das letzte Wort haben. Da sollte sich die Politik nicht einmischen.

Ich sage auch: Ohne mehr Impfstoff nützt das alles nichts, wie der Herr Gesundheitsminister zu Recht festgestellt hat. Aber auch dazu nachher noch ein paar Bemerkungen mehr.

Dieses Virus ist tückisch. Es kennt übrigens keine Partei- oder Ländergrenzen. Nicht zuletzt durch die Mutation ist ein großes Stück Unsicherheit dazuge-

kommen. Darum muss man klar sagen, dass die aktuelle Beurteilung des Infektionsgeschehens im Zweifel Vorrang vor jeder Form von Planung haben muss, ob uns das gefällt oder nicht.

(Beifall SPD und Christian Dirschauer [SSW])

Aber das darf eben keine Begründung dafür sein, ausschließlich von Woche zu Woche zu entscheiden. Meine Fraktion hat seit dem Herbst eine Coronaampel gefordert. Die funktioniert genau so, wie Sie es beschrieben haben. Sie haben ja kleine Kinder, denen können Sie das mit grün, gelb und rot gut erklären. So verstehen wir das auch: eine Ampel, die nachvollziehbar macht, bei welcher Entwicklung des Infektionsgeschehens welche Maßnahme greift. Wir als SPD-Fraktion haben hier immer wieder unsere Prioritätenliste begründet und praktische Vorschläge für Verbesserungen der Situation gemacht. Dankenswerterweise haben Sie von der Koalition - meist nach einer gewissen politischen Schamfrist - einige unserer Vorschläge übernommen. Das ist auch gut so, dass Sie das tun. Deswegen erwähne ich das hier.

(Christopher Vogt [FDP]: Alles klar!)

Das alles schafft Akzeptanz für die harten, aber notwendigen Entscheidungen.

(Zurufe Hans-Jörn Arp [CDU] und Christopher Vogt [FDP])

Wir haben begrüßt, dass die Landesregierung im vergangenen Monat - ich weiß gar nicht, warum Sie so nervös sind, hören Sie doch in Ruhe zu - einen Vorschlag gemacht hat, der in eine ähnliche Richtung geht. Wir haben aber bereits in der letzten Sitzung an dieser Stelle vom Mikrofon davor gewarnt, von einem Lockerungsplan zu sprechen. Jetzt zeigt sich, dass diese Warnung berechtigt war, denn diese Bezeichnung hat zu falschen Erwartungen geführt, sicherlich auch, weil viele Menschen im Land den Plan nicht als Vorschlag verstanden haben, sondern als konkretes Szenario für Schleswig-Holstein, Herr Ministerpräsident. Das hätte man besser kommunizieren können, und das hätte man besser kommunizieren müssen! Das will ich hier deutlich sagen.

(Beifall SPD)

Vielleicht, Herr Ministerpräsident und Kolleginnen und Kollegen von der Jamaika-Koalition, hätte auch eine stärkere Einbindung der Betroffenen vor oder zumindest nach der Veröffentlichung des Stufenplans hilfreich sein können.

(Dr. Ralf Stegner)

Herr Landtagspräsident, es ist gut, dass wir im Parlament in der kommenden Woche erneut Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft anhören. Meine Fraktion hat in den letzten Tagen aber auch dutzende Verbände, Organisationen und Einrichtungen mit der Bitte um Rückmeldung zum Stufenplan angeschrieben. Ohne der Auswertung vorgreifen zu wollen, will ich schon jetzt sagen: Viele haben auf die fehlende Rückkopplung im Vorfeld des Vorschlags hingewiesen. Mit denen reden wir darüber, denn über die Köpfe hinweg zu entscheiden, ist immer schlecht. Die Menschen zu berücksichtigen, ist notwendig.

Herr Ministerpräsident, ich weiß übrigens aus eigener Erfahrung, wie schwierig es oftmals ist, die Interessen von Koalitionspartnern mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen unter einen Hut zu bekommen. Dank Frau von Kalben und Herrn Vogt durften Twitter-Nutzer in der vergangenen Woche quasi live verfolgen, wie das gewesen ist. Es war sehr spannend, das zu lesen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Herr Ministerpräsident, Sie müssen sich aber deutlich weniger um die Geschlossenheit der SPD-Fraktion sorgen. Da ist bei uns alles im grünen Bereich. Davon kann in Ihrer Koalition überhaupt gar keine Rede sein.

(Beifall SPD)

Jedenfalls aber darf der erhöhte Abstimmungsbedarf der Jamaika-Koalition nicht dazu führen, diejenigen außen vor zu lassen, die es direkt betrifft. Das geht besser, das muss besser sein, und das ist der Anspruch, den dieses Parlament hat. Es ist ja schön, wenn Sie das Parlament auffordern, Sie in Gänze zu unterstützen. Wir haben aber auch Ansprüche an Sie, und die haben Sie zu erfüllen, finde ich jedenfalls. Und die Kommunikation war - sagen wir es einmal so - ausreichend, wenn ich es großzügig sagen möchte oder das nehme, was meine Frau, die Lehrerin ist, vielleicht dazu sagen würde.

Für uns bleibt es dabei: Wir brauchen keine Begründung für Lockerungen, sondern einen Plan, der zeigt, wann welche Beschränkung weiter notwendig ist. Meine Fraktion hat sich intensiv mit dem niedersächsischen Vorschlag für einen Stufenplan auseinandergesetzt, der mit Blick darauf der eindeutig besseren Systematik folgt. Wir sind überzeugt, dass nach wie vor ein bundesweit einheitlicher Maßstab für die Regelungen der richtige Weg wäre. Es ist enttäuschend, dass eine Verständigung darauf gestern trotz großer Anstrengungen im Vorfeld nicht gelungen ist. Daran, Herr Ministerpräsi-

dent, ist nun wirklich nicht die SPD schuld. Da haben Sie den Mund ein bisschen zu voll genommen.

Sie haben am 27. Januar 2021 öffentlich angekündigt, Ihr Schleswig-Holstein-Plan werde zur Blaupause für einen Stufenplan von Bund und Ländern. Da hat doch die Landesvorsitzende der SPD, Serpil Midyatli, völlig recht, wenn sie die skeptische Erwartung geäußert hat, bis zum 1. März werde sich kaum etwas ändern. Genau das ist doch das, was wir feststellen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD - Zuruf Serpil Midyatli [SPD] - Weitere Zurufe)

Das hat sie gesagt, und nicht mehr und nicht weniger. Deswegen verstehe ich Ihr Ablenkungsmanöver, aber das Ergebnis ist wirklich bescheiden.

Vom Schleswig-Holstein-Plan ist jedenfalls im Beschluss von gestern nur in Spurenelementen die Rede. Sie sprachen zwar - diese Sprache ist mir ein bisschen fremd - von 70 % Planerfüllung, Herr Ministerpräsident, aber schon die Protokollerklärung des Landes Thüringen zeigt, wie wenig am Ende von dem vorhanden ist, was Sie angekündigt haben. Von daher sind Sie ein bisschen über Ihre großspurigen Ankündigungen gestolpert und nicht über mangelnde Unterstützung der Opposition. Dass Sie die brauchen, ist ja in Ordnung. Ich finde auch, dass Sie die Unterstützung der SPD brauchen. Die bekommen Sie auch, wenn Sie vernünftig handeln; Sie bekommen sie aber nicht, wenn Sie eine schlechte Kommunikation an den Tag legen.

(Beifall SPD)

Übrigens will ich in der Sache gar nicht kritisieren, dass jetzt 35 das neue 50 ist. Aber es steht etwas anderes im Infektionsschutzgesetz. Das muss man nicht nur den Bürgern erklären, sondern das muss parlamentarische Konsequenzen haben, wenn man damit so umgehen will.

Die Ankündigungen, was dann konkret passieren soll, sind übrigens, wenn man sie mit „vage“ beschreibt, sehr euphemistisch beschrieben, so finde ich. Das ist völlig anders, und auch die Kontaktregelungen sind völlig anders als in Ihrem Plan. Ich werfe Ihnen das gar nicht vor, aber wenn es denn bei 16 Ländern so ist, muss man sich nicht so dicktun und sagen: Jetzt kommt Schleswig-Holstein, und dann folgt die ganze Republik! - So ist es in der Regel nicht, sondern andere haben auch Ideen. Deswegen ist das Ergebnis auch so mager. Ein Perspektivplan ist der Beschluss von gestern mitnichten. Was die Abteilung „Selbstlob“ nach der MPK be-

**(Dr. Ralf Stegner)**

trifft, mit der Sie Ihren angeblichen Durchbruch gefeiert haben, will ich es frei nach dem Schweizer Dichter Johann Grob sagen, übrigens ein Dichter des 17. Jahrhunderts. Ich zitiere weitgehend zutreffend.

(Heiterkeit)

- Es ist nur ein Name verändert. Ich habe nur den Namen ausgetauscht. Ansonsten ist es komplett original:

„Dass sich (Günther) gerne lobet,  
solches halt, ich ihm für gut,  
denn er muss es selbst verrichten,  
weil es niemand anders tut.“

Genau das ist das gewesen, was Ihnen gestern in der Ministerpräsidentenkonferenz widerfahren ist. Die Abteilung „Selbstlob“ hilft einem nicht weiter, wenn man etwas gemeinsam mit anderen erreichen will.

Gerade nach den mageren Beschlüssen von gestern ist es übrigens wichtig, dass nicht jedes Land jetzt den eigenen Weg beschreitet. Das wäre nämlich fatal und würde nur die ewigen Föderalismuskritiker auf den Plan rufen.

Meine Fraktion hat in diese Debatte einen differenzierten Antrag eingebracht, der Prioritäten und Leitlinien formuliert: Vorrang für den Gesundheitsschutz, Beachtung der sehr ungleichen Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche, für Familien, für ältere Menschen, für Heimbewohner, für Pflege - das sind alles Menschen, die es schwerer haben als andere. Das muss bei der Frage berücksichtigt werden, wie wir mit den Stufenplänen umgehen, die wir uns hier vorgenommen haben.

(Beifall SPD)

Sie kennen das bei mir: Die SPD-Fraktion ist konstruktiv, weil sie ihre Verantwortung wahrzunehmen weiß. Trotz unterschiedlicher Systematik finden wir viele Gemeinsamkeiten zwischen den Entwürfen, die Schleswig-Holstein und Niedersachsen vorgelegt haben. Meine Fraktion würde sich wünschen, dass auf dieser Grundlage schnellstmöglich zumindest eine Verständigung der norddeutschen Länder über einen gemeinsamen Stufenplan gelingt. Das ist jetzt das Gebot der Stunde, zumal die angekündigte Arbeitsgruppe von Kanzleramt und Ländern im Schneckentempo unterwegs ist.

Lesen Sie einmal die Bemerkungen in dem gemeinsamen Protokoll. Da will man jetzt loslegen, etwas zu machen. Sie hatten beschlossen, das zu tun, und

nichts ist passiert. Das muss man hier ganz deutlich kritisieren.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Flotte Presseerklärungen überdecken das übrigens nicht. Das bedeutet natürlich, wenn man so herangeht, auch den einen oder anderen Kompromiss. Aber es schafft Akzeptanz für die Gesamtheit der Maßnahmen, wenn wir auf beiden Seiten der Ländergrenzen vergleichbare Maßnahmen haben. Ganz besonders gilt das übrigens mit Blick auf die Metropolregion, wo den Menschen nicht vermittelbar ist, dass auf der einen Straßenseite etwas anderes gilt als auf der anderen. Das können und das wollen wir nicht machen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das müssen Sie Tschentscher erzählen!)

- Ach, lieber Kollege Arp, Sie haben das letzte Mal hier schon so launig vorgetragen. Das ist ein bisschen komplizierter. Aber ich will Ihnen schon sagen: Es ist notwendig, dass die norddeutschen Länder zusammenarbeiten. Wir treten dafür ein, dass das geschieht. Das ist im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall SPD)

Herr Ministerpräsident, damit Sie sehen, dass wir das differenziert betrachten, will ich auch deutlich sagen: Wenn man sich die beiden Pläne anschaut, lohnt das. Niedersachsen zum Beispiel sieht Regelungen beim Sport vor, die sich meine Fraktion für den Norden wünschen würde, weil man insbesondere mit Blick auf die Lage von Kindern und Jugendlichen durchdachte Vorschläge gemacht hat. Auf der anderen Seite hat Schleswig-Holstein gute Vorschläge gemacht, was die Besuchsregelungen in Einrichtungen für besonders gefährdete Menschen betrifft. Das könnte Bestandteil eines gemeinsamen Plans sein.

Wir sind überzeugt, dass mehr Gemeinsamkeit möglich ist. Auch was die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern sagt, geht ja durchaus in eine ähnliche Richtung. Wir könnten das gemeinsam hinbekommen. Meine Fraktion würde das unterstützen, wenn wir das gemeinsam schaffen würden.

Ein gemeinsamer Stufenplan ist richtig, aber unabhängig davon gibt es eine Reihe von Punkten, die im Land schnellstmöglich angegangen werden müssen. Dazu gehört vor allem der deutliche Ausbau der Angebote, sich ohne konkreten Anlass testen zu lassen, insbesondere für Menschen, die in kontaktintensiven Bereichen tätig sind. Wir sind im Juni

(Dr. Ralf Stegner)

vergangenen Jahres leider an der Koalition gescheitert, als wir regelmäßige Tests für Sozialberufe beantragt haben. Ich will nur das Beispiel einer Erzieherin nennen, die im vergangenen Jahr beinahe schon regelmäßig wegen Verdachtsfällen im Arbeitsumfeld in Quarantäne war und verständlicherweise den Wunsch hat, sich regelmäßig testen zu lassen, um keine Infektion in die eigene Familie zu tragen. Das muss doch möglich sein, liebe Kolleginnen und Kollegen, und da kommt die Erkenntnis ziemlich spät. Da hätten Sie ein bisschen früher auf uns hören sollen. Wir haben das hier beantragt, und Sie haben das leider abgelehnt.

(Beifall SPD)

Wir brauchen nach wie vor die bestmöglichen Schutzkonzepte für alle Bereiche, in denen der Mindestabstand nicht eingehalten werden kann. Das schließt technische Nachrüstungen genauso ein wie Schutzausrüstung. Hier sind übrigens einige Kreise wie zum Beispiel mein Kreis Rendsburg-Eckernförde selbst aktiv geworden, was ich ausdrücklich begrüße und richtig finde.

Ich will an der Stelle kurz sagen, wie erschütternd die Berichte aus dem Kreis Segeberg über schwere Erkrankungen und Todesfälle nach der Nutzung offenbar mangelhafter Masken sind, die ausgerechnet der Bund zur Verfügung gestellt hat. Wir sind uns sicherlich einig, dass so etwas nicht vorkommen darf. Da sich die Hinweise mehren, dass es noch andere Fälle geben könnte, frage ich mich: Wo ist die Reaktion des Bundesgesundheitsministers? Dem muss nachgegangen werden. Es ist fatal, wenn solche Dinge in Deutschland passieren.

Es muss alles passieren, damit schneller mehr Menschen geimpft werden können. Die Kommunen haben in Rekordzeit Impfzentren vorbereitet; gegebenenfalls muss an der einen oder anderen Stelle noch über eine bessere Erreichbarkeit gesprochen werden, obwohl wir im Ländervergleich insgesamt gut abschneiden. Herr Minister Garg, wir haben Ihre Korrektur beim Terminmanagement ausdrücklich gelobt, aber das Land kann noch weiter unterstützen, indem die Fahrtkosten zu den Impfzentren für unsere ältesten Mitbürgerinnen und Mitbürger übernommen werden.

(Beifall SPD)

Viele haben das Glück, dass Familie, Nachbarn oder die Kommune einen Fahrdienst organisieren, aber einige wissen nicht, wie sie zum Impftermin kommen. Wir wollen doch wohl nicht, dass der 89-Jährige selbst am Steuer sitzen muss; ich glaube, da sind wir uns einig. Daran soll es nicht scheitern.

Ich füge hinzu: Es ist ein handfester politischer Skandal, dass sich an verschiedenen Stellen in Deutschland politische Mandatsträger beim Impfen vordrängelt haben.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Zum Glück sind das Einzelbeispiele, aber wenn das folgenlos bliebe, hätte das eine verheerende Wirkung für die Glaubwürdigkeit, und wir könnten uns unsere Appelle an Erzieherinnen, Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer sparen, die ungeimpft höhere Risiken eingehen als diese Damen und Herren, meistens Herren.

(Beifall SPD und Christian Dirschauer [SSW])

Wir finden es richtig, dass jeder in Schleswig-Holstein die Möglichkeit bekommt, sich selbst bestmöglich zu schützen. OP- oder FFP2-Masken sind Pflicht im ÖPNV oder beim Einkaufen, nur FFP2-Masken schützen auch die Träger. Darum wollen wir, dass allen Menschen, für die eine Pflicht besteht und die nicht bereits über die Krankenkassen versorgt werden, möglichst unbürokratisch sechs Masken zur Verfügung gestellt werden. Mecklenburg-Vorpommern zeigt seit dieser Woche, wie das unbürokratisch und gut geht; wir sollten dem Beispiel folgen.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Die Verlängerung des Lockdowns bedeutet auch eine erneute Belastung für große Teile der Wirtschaft. Es ist eine gute Nachricht, dass seit gestern Anträge für die Überbrückungshilfe III möglich sind. Aber mich wundert es schon, dass das Bundeswirtschaftsministerium nach der Absprache dazu bei der MPK Mitte Dezember 2020 zwei Monate braucht. Dafür hat niemand Verständnis. Ich muss schon sagen, dass die schwurbelnden Einlassungen des Bundeswirtschaftsministers über IT-Probleme bei den Förderprogrammen für den Standort Deutschland peinlich sind. Das macht die frustrierten und verzweifelten Betroffenen wütend und soll ja nach Medienberichten selbst in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für großen Unmut gesorgt haben. Ich bin überzeugt, dass das Finanzministerium für die Auszahlung der Hilfen und der Abschläge einen Bruchteil der Zeit benötigen wird. Das ist auch richtig so, denn es stehen Existenzen auf dem Spiel. Das sollten wir immer im Blick haben.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es bleibt dabei: Das beste Instrument gegen die Pandemie sind die Impfungen. Das Tempo der Impfungen gibt vor,

**(Dr. Ralf Stegner)**

wie schnell Normalität möglich sein wird, wie auch immer diese in Zukunft aussehen wird. Der Bund ist und bleibt zuständig für die Impfstoffbeschaffung. Angela Merkel sagte am 2. Februar 2021 in der ARD - da bleibt einem fast die Spucke weg -:

„Im Großen und Ganzen ist nichts schiefge-  
laufen.“

Frau Bundeskanzlerin, Sie irren gewaltig. Die selbsternannten Corona-Weltmeister vom letzten Frühjahr entpuppen sich als richtige Amateure. Fest steht nämlich, dass nach den überragenden Forschungsleistungen bei der Entwicklung von Impfstoffen die Beschaffungsverträge der EU unter Mitwirkung des Bundesgesundheitsministers höchst unzureichend waren. Frau von der Leyen hatte immerhin die Größe, das gestern - wenn auch spät - zuzugestehen.

Ich weiß nicht, ob Sie wissen, wie hoch die Erstimpfquote in anderen Ländern ist - Stand 7. Februar 2021 -: Israel 64,3 %, Vereinigte Arabische Emirate 43,6 %, Großbritannien 18,5 %, USA 12,3 %, Malta 8,5 %, Serbien 8,0 %, unser Nachbarland Dänemark 5,8 %, Island 5,1 %. Und Deutschland? - Sage und schreibe 3,9 %! Ja, das ist mehr als der Welt-durchschnitt, weil Afrika, Asien und andere Staaten dabei sind. Es ist doch eine Schande, dass wir im Staatenvergleich so einen Wert haben!

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Natürlich geht es auch um internationale Solidarität. Wir wollen, dass auch die ärmeren Länder etwas bekommen. Die hätten übrigens mehr bekommen, wenn zu Beginn mehr bestellt worden wäre. Das Versagen bei der Impfstoffbeschaffung und -versorgung beschert uns nicht nur die Gefahr einer Niederlage im Wettlauf mit den mutierten Coronaviren, nein, der Preis sind viele schwere Erkrankungen und Tausende coronabedingte Todesfälle. Daran darf man nicht vorbeireden, das ist Fakt.

Deswegen rate ich dringend, sich weniger auf die eigene Schulter zu klopfen und zu versuchen, mit den Konsequenzen vernünftig umzugehen. Es muss wirklich alles getan werden, um das Tempo bei Produktion und Beschaffung weiter zu beschleunigen. Vielleicht müssen wir mehr über Sputnik als über Nord Stream 2 reden. Wie dem auch immer sei, wir werden uns darum kümmern müssen, dass deutlich mehr Impfstoffe beschafft werden, als wir sie momentan zur Verfügung haben. Der Zeitraum sollte der Sommerbeginn sein und nicht die kalendarische Verlängerung, bis der Herbst in Schleswig-Holstein und anderswo angekommen ist. Das ist zu spät, das geht zu langsam, das muss sich ändern.

(Beifall SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Mit dem bisher Erreichten können und dürfen wir uns nicht zufriedengeben. Das schulden wir den Menschen, die seit vielen Monaten eine enorme Disziplin aufbringen. Deswegen werden in Deutschland Leben gerettet: Weil viele Menschen Disziplin aufbringen. Wir sollten uns bei all denen bedanken, die das tun, und erst recht bei denen, die sich reinhängen, um für andere Menschen da zu sein. Das will ich an dieser Stelle ausdrücklich sagen.

(Beifall SPD)

Herr Ministerpräsident, weder Selbstlob noch der Versuch, Verantwortung auf die Opposition zu schieben, sondern nur gemeinsame Anstrengung und Verantwortung werden uns in die Lage versetzen, die Aufgabe zu meistern. Dazu gehört übrigens auch, nicht rituell alle unsere Haushaltsanträge einfach abzulehnen, wie Sie im Begriff sind, das wieder zu tun. Unsere Unterstützung einzufordern und gleichzeitig unsere Anträge abzulehnen, ist keine gute Linie. Und dann später nachzuziehen und das als eigene Idee zu verkaufen, ist auch ziemlich wenig für eine Regierung.

Meine Fraktion und die Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein stehen zu ihrer Verantwortung, weil wir wissen, dass es darauf ankommt, das Leben der Menschen in dieser Krise besser zu machen und die Krise zu bewältigen, was wir nur mit Rücksicht, Einsicht und Umsicht schaffen können. Sie haben uns an Ihrer Seite, wenn das geschieht. Aber lassen Sie die Nebenkriegsschauplätze! Wir müssen gemeinsam etwas tun. Wir sind zu dieser Gemeinsamkeit bereit. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD und Beifall SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Tobias Koch.

**Tobias Koch [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Öffnen oder nicht öffnen, das ist hier die Frage - nicht nur der Kollege Stegner kann Zitate abwandeln, auch ich will meine Rede mit diesem leicht abgewandelten Shakespeare-Zitat beginnen. Der Originalsatz von Hamlet wird regelmäßig in Situationen zitiert, die von existenzieller Bedeutung sind, und genau in einer solchen Situation befinden wir uns. Uns alle, Regierung, Ministerien, Fraktionen und Abgeordnete, erreicht tagtäglich eine Fülle



(Tobias Koch)

von Anrufen und E-Mails mit immer besorgteren und dramatischeren Botschaften.

Mehr als drei Monate Lockdown zerren zunehmend stärker an den Nerven der Menschen. Das geht einher mit Belastungen für Familien bei der Kinderbetreuung und beim Homeschooling. Nicht zuletzt haben drei Monate Lockdown mit ganz vielen geschlossenen Bereichen mittlerweile echte Existenzfragen hervorgerufen.

Dabei geht es nicht nur um die entgangenen Geschäfte während des Lockdowns, sondern auch um die dauerhaften Folgen. Denn die Kunden, die im Lockdown vom örtlichen Einzelhändler zum Onlineanbieter gewechselt sind, kommen möglicherweise nie wieder zurück - um nur ein Beispiel zu nennen. Deshalb darf der Lockdown nicht länger andauern als unbedingt notwendig, und deshalb wollen wir wieder öffnen, sobald das Infektionsgeschehen es zulässt.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Genau aus diesem Grund haben wir bereits im Januar 2021 den Perspektivplan entwickelt, der diese Öffnungsschritte beschreibt und dafür einen Fahrplan aufstellt. Dass nun im gestrigen Beschluss zum allerersten Mal auch für den unteren Inzidenzbereich - und nicht nur für den Hochinzidenzbereich über 200 - Maßnahmen ganz konkret an Inzidenzen geknüpft werden, ist ein Erfolg für unseren Ministerpräsidenten.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war nicht selbstverständlich, wenn man sich die ersten Reaktionen der anderen Bundesländer auf den schleswig-holsteinischen Perspektivplan anschaut. Diejenigen Länder, die noch vor wenigen Wochen bei Inzidenzen von 300 oder 400 gelegen haben, betrachten solche Öffnungsschritte natürlich aus einem ganz anderen Blickwinkel. Sie haben noch deutlich härtere Maßnahmen ergreifen müssen - bis hin zu Ausgangssperren -, um das Infektionsgeschehen wieder in den Griff zu bekommen. Da ist man verständlicherweise mit Lockerungen etwas vorsichtiger. Deshalb konnten wir auch nicht erwarten, dass unsere Vorschläge von allen Ländern und dem Bund eins zu eins übernommen werden.

Mit dem gestrigen Beschluss ist aber die Stufenlogik von nun an fest verankert und aus zukünftigen Beschlüssen nicht mehr wegzudenken. Der Lockdown wird nicht einfach um drei Wochen verlängert, sondern es werden gleichzeitig Perspektiven

für erste Öffnungen aufgezeigt. Das ist gut so. Es wäre mit Sicherheit nicht so gekommen, wenn Daniel Günther nicht bereits in der letzten MPK dafür gekämpft hätte und wenn wir nicht mit unserem Vorschlag eines Perspektivplans in die Vorlage gegangen wären.

(Beifall CDU)

Deshalb kann ich für meine Fraktion, die CDU-Fraktion, sagen, dass wir mit dem gestrigen Ergebnis durchaus zufrieden sind, auch wenn nicht alle Erwartungen erfüllt wurden.

Neben dieser Entwicklung können wir vor allem froh sein, dass die Infektionszahlen seit Mitte Januar kontinuierlich gesunken sind. Die Inzidenzmarke von 50 ist zwar noch nicht ganz erreicht, aber in greifbarer Nähe. Damit ist endlich wieder Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Der im Januar nochmals verschärfte Lockdown hat also gewirkt. Mit diesen Maßnahmen und dank des Einhaltens der Regeln durch die allermeisten Menschen ist es gelungen, das Infektionsgeschehen wieder in den Griff zu bekommen. Das gilt es an dieser Stelle einmal deutlich festzuhalten.

Das Ergebnis zeigt, dass die schrittweise Verschärfung des Lockdowns seit Oktober nicht unbedingt der allerbeste Weg gewesen ist, um der Virusausbreitung schnell Einhalt zu gebieten. Anstelle einer dreimonatigen Hängepartie wäre es besser gewesen, von Anfang an härtere Maßnahmen zu ergreifen, auch wenn diese zu Beginn möglicherweise als unverhältnismäßig erschienen wären. Das muss uns für den weiteren Verlauf der Pandemie eine Lehre sein.

Wir dürfen allerdings bei der Öffnung jetzt nicht leichtsinnig werden und mit übereilten Lockerungen die mühsam errungenen Erfolge wieder zunichtemachen. Das gilt umso mehr, als mit den aufgetretenen Virusmutationen die Gefahr einer dritten Welle latent vorhanden ist. Bereits jetzt sehen wir gegenläufige Entwicklungen von sinkenden Infektionszahlen einerseits und lokalen, sprunghaften Anstiegen andererseits dort, wo die Virusmutation auftritt.

Bedauerlicherweise ist gerade bei uns in Schleswig-Holstein die britische Mutationsvariante besonders häufig aufgetreten, weshalb wir jetzt in Flensburg eine vollkommen andere Situation haben als noch vor wenigen Wochen, als wir dort die bundesweit niedrigsten Zahlen hatten.

Die Politik steht damit vor einem echten Entscheidungsdilemma. Öffnen wir auf einen Schlag zu

**(Tobias Koch)**

viel, dann lösen wir damit möglicherweise die nächste Infektionswelle aus. Wenn daraus in ein paar Wochen der nächste Lockdown resultiert, wäre damit niemandem geholfen, und die Politik müsste sich zu Recht Vorwürfe gefallen lassen. Erfolgen die Öffnungen zu vorsichtig und zu langsam, dann gibt es möglicherweise insolvenzbedingt immer weniger, was sich später überhaupt noch öffnen lässt. Bei niedrigen Infektionszahlen ist zudem das Unverständnis über weitere Schließungen bei allen Betroffenen groß. Die Akzeptanz und die Rechtssicherheit der Maßnahmen werden dadurch gefährdet. Auch das kann von der Politik nicht unberücksichtigt gelassen werden.

In der Abwägung zwischen diesen beiden Polen gilt deshalb einmal mehr die Aufforderung des Ministerpräsidenten, Maß und Mitte zu halten. Wir müssen die schwierige Gratwanderung hinbekommen, so viel wie möglich zu öffnen und gleichzeitig so viel wie nötig geschlossen zu halten, um eine weitere Infektionswelle mit einem erneuten Lockdown zu verhindern.

Das ist wahrlich keine leichte Aufgabe. Deshalb ist es totaler Humbug, unterschiedliche Auffassungen der drei Jamaika-Koalitionspartner am Anfang der Beratungen in der letzten Woche zu einem offenen Streit in der Koalition hochzustilisieren, wie es die SPD-Landesvorsitzende versucht hat. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Dass die drei Jamaika-Partner mit unterschiedlichen Sichtweisen in solche Beratungen hineingehen, spiegelt doch die ganze Bandbreite des gesellschaftlichen Meinungsspektrums wider. Das ist in dieser Situation ein riesiger Vorteil.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unterschiedliche Argumente und Positionen helfen nämlich dabei, die eigenen Ansichten immer wieder zu hinterfragen und zu überprüfen. Das führt dann zu einem Ergebnis, das die verschiedenen Aspekte bestmöglich berücksichtigt. Darin besteht das eigentliche Erfolgsrezept von Jamaika. So haben wir es die ganze Zeit über schon geschafft, Lösungen zu erarbeiten, die einen breiten gesellschaftlichen Konsens abbilden. Das ist jetzt in der Coronakrise wertvoller denn je.

(Beifall CDU und FDP)

Wer das, wie die SPD-Landesvorsitzende, nicht erkennt, hat nicht verstanden, worauf es in einer solchen Krise ankommt, nämlich auf konstruktive und lösungsorientierte Zusammenarbeit. Überhaupt habe ich immer mehr den Eindruck, dass die SPD be-

wusst mit verteilten Rollen agiert. In diesem Fall muss ich aber sagen, dass der Kollege Stegner mit seiner staatstragenden Rolle eindeutig den besseren Part abbekommen hat als die SPD-Landesvorsitzende mit ihrem Oppositionsgehabe. Wer in diesem Land politische Verantwortung übernehmen will, der muss sich auch in Krisenzeiten verantwortungsvoll verhalten.

(Beifall CDU - Zuruf Beate Raudies [SPD])

Effekthascherei mit Rücktrittsforderungen und herbeigeredeten Konflikten sind dabei einfach fehl am Platz.

Nach dem Agieren mit verteilten Rollen habe ich mittlerweile den Eindruck, dass auch inhaltlich bei der SPD nicht mehr alles zusammenpasst. Da fordert der Oppositionsführer seit Wochen - nach Ihrer heutigen Aussage seit Monaten - eine Inzidenzampel. Jetzt, wo die Ampel dabei ist, auf Grün zu springen, also voraussichtlich in wenigen Tagen eine Inzidenz unter 50 erreicht ist, schließt die SPD-Landesvorsitzende Öffnungen bis Ende Februar vollständig kategorisch aus.

(Beifall CDU und FDP - Serpil Midyatli [SPD]: Das kommt doch jetzt genauso!)

- Es kommt jetzt. - Nach Ihrem Vorschlag aber sollten bis dahin Kitas und Schulen in Schleswig-Holstein komplett geschlossen sein, selbst in Kreisen wie Dithmarschen, Rendsburg-Eckernförde und Plön mit einer Inzidenz unter 35. Das war die Position der SPD Schleswig-Holstein, und das muss man den Familien in diesem Land auch einmal sagen.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist schön, dass Sie im Nachhinein die Beschlüsse, die wir als Jamaika-Koalition getroffen haben, mittragen. Vielleicht arbeiten Sie an Ihrer eigenen Kommunikation. Wäre der Herr Ministerpräsident mit der Position der SPD-Landesvorsitzenden in die MPK hineingegangen und hätte sie dort vorgetragen, gäbe es jetzt möglicherweise keine Öffnung der Kitas und Schulen. Es ist also gut, dass wir nicht auf Sie gehört haben.

(Beifall CDU und FDP - Serpil Midyatli [SPD]: Eine Woche!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Koch, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

**Tobias Koch [CDU]:**

Sehr gerne.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Lieber Herr Kollege Koch, da das Thema protokolliert wird, ist es wichtig, dass es hier auch richtig dargestellt wird. Sie haben vorhin erwähnt, dass die Landesvorsitzende der SPD ihre Skepsis geäußert hat, was vor dem 1. März 2021 herauskommen würde. Das wurde bestätigt.

Ich will Ihnen gern einmal vortragen, was der Landesvorsitzende der Grünen, Herr Regis, gesagt hat. Er hat gesagt, es sei jetzt nicht an der Zeit, in irgendeiner Form Schutzmaßnahmen zu lockern. Das ist der Vorsitzende der Grünen-Partei, Ihres Koalitionspartners. Das ist eine deutlich kritischere Haltung gegenüber dem, was vereinbart worden ist, als das, was die SPD-Landesvorsitzende vorgetragen hat. Also insofern: Kehren Sie vor Ihrer eigenen Koalition und nehmen Sie zur Kenntnis, dass die skeptischen Einschätzungen, bezogen auf die MPK, begründet gewesen sind, wir aber selbstverständlich das, was wir selbst gefordert haben, mittragen. Das ist der Unterschied.

- Herr Abgeordneter Dr. Stegner, die Aussagen des Landesvorsitzenden der Grünen haben wir selbstverständlich zur Kenntnis genommen und in der Koalition bewertet. Sie sehen, welche Ergebnisse am Ende dabei herausgekommen sind.

(Beifall CDU, FDP und SSW - Heiterkeit SPD)

Sie werden schon verstehen, dass es für Verwirrung und Irritation sorgt, wenn SPD-Oppositionsführer und SPD-Landesvorsitzende sich derartig widersprechen. Es wäre wirklich schön, wenn Sie sich intern auf eine gemeinsame Position verständigen könnten.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, wie gehen wir nun als Jamaika-Koalition mit der Situation um? Wir haben immer gesagt, dass Schulen und Kitas für uns oberste Priorität haben. Sie sind deshalb im Perspektivplan als erster Öffnungsschritt vorgesehen. Genau das machen wir jetzt auch. Wir halten damit unser Wort und sorgen in diesen schwierigen Zeiten für Verlässlichkeit von politischen Ankündigungen, soweit das irgend möglich ist.

Im Stufenplan waren für die Öffnung von Schulen und Kitas zwei Alternativen vorgesehen, nämlich

einerseits eine begrenzte Öffnung mit Wechselunterricht und eingeschränktem Regelbetrieb, andererseits eine Rückkehr zum vollständigen Präsenzunterricht für die unteren Jahrgänge sowie zum normalen Regelbetrieb an Kitas. Wir haben uns dafür entschieden, am 22. Februar 2021 die zweite Alternative in Kraft zu setzen, die Öffnung allerdings im Schulbereich auf die Grundschulen zu beschränken. Das hat der Ministerpräsident bereits ausgeführt. Die Rückkehr zum Regelbetrieb und zum Präsenzunterricht ist nach unserem Perspektivplan möglich, weil die Inzidenz bereits seit mehr als 21 Tagen stabil unter 100 liegt und bereits deutlich auf die 50er-Marke zugeht.

Besonders im Grundschulbereich ist diese Öffnung dringend notwendig. Nach meiner Wahrnehmung hat sich der Distanzunterricht an den weiterführenden Schulen mittlerweile ganz gut eingespielt. Ich kann aus der persönlichen Erfahrung von 7. und 10. Klasse bei uns zu Hause sagen, dass ich eine Vielzahl von Videokonferenzen erlebe, dass es zunehmend Rückmeldungen der Lehrkräfte zu den abgegebenen Aufgaben gibt und auch schriftliche Tests mittlerweile durch Referate und Präsentationen ersetzt werden.

Bei Erst- bis Viertklässlern ist das im Distanzunterricht aber deutlich schwieriger umzusetzen und stellt für die Eltern eine umso größere Herausforderung in der Betreuung ihrer Kinder dar. Die Öffnung der Grundschule ist deshalb die richtige Entscheidung. Jeder Tag - da zählt auch eine Woche -, an dem die Grundschülerinnen und Grundschüler wieder früher in den Präsenzunterricht zurückkehren können, ist ein Gewinn für Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Allerdings setzt dieser landesweite Öffnungsschritt auch voraus, dass in den Kreisen und kreisfreien Städten, in denen die Infektionszahlen noch nicht ausreichend gesunken sind, weiterhin verschärfte Maßnahmen ergriffen werden. Das kann in diesen Fällen bedeuten - der Ministerpräsident hat die Kreise genannt -, dass die Schulen und Kitas zunächst geschlossen bleiben oder dass in Abhängigkeit vom örtlichen Infektionsgeschehen nur ein eingeschränkter Regelbetrieb oder ein Wechselunterricht erfolgen kann. Aber es ist besser, dass es in möglichst vielen Kreisen zu einer Öffnung kommt, als wenn wir bis März alles geschlossen hätten.

Die Wiedereröffnung von Kitas und Schulen geht damit einher, dass wir Erzieherinnen und Erzieher,

**(Tobias Koch)**

Lehrerinnen und Lehrern ein Testangebot unterbreiten. Das ist mittlerweile mit den Möglichkeiten, über die wir durch den Schnelltest verfügen, viel einfacher. Sie alle werden zukünftig auf Kosten des Landes regelmäßig einen Schnelltest durchführen können. Damit werden wir in erster Linie unserer Fürsorgepflicht als Arbeitgeber gerecht. Gleichzeitig schaffen wir aber noch ein Stück mehr Sicherheit, damit es möglichst zu keinem Infektionsgeschehen an den Schulen und Kitas kommt. Für die CDU-Fraktion begrüße ich dieses zusätzliche Angebot ausdrücklich.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Beschluss der Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin hat diesen Öffnungsschritt ermöglicht, indem den Ländern der Entscheidungsspielraum für die Wiedereröffnung von Kitas und Schulen eingeräumt wurde. Davon machen wir jetzt Gebrauch, und damit ist klar, dass wir auch über die weiteren Öffnungsschritte in Kita und Schule in eigener Verantwortung entscheiden können. Der Perspektivplan der Landesregierung wird also in Zukunft seine Wirkung entfalten.

Dass wir diesen Spielraum jetzt nutzen können, ist der Erfolg von niedrigen Infektionszahlen in Schleswig-Holstein, die trotz des Auftretens der Virusmutation bei uns im Land nach wie vor zu den niedrigsten Werten bundesweit gehören. Genau das eröffnet auch Perspektiven für die weiteren Öffnungsschritte. Damit meine ich jetzt nicht nur die Friseure, sondern auch die weiteren Entscheidungen, die der Ministerpräsident heute vorgestellt hat und die entweder bereits zum 22. Februar oder zum 1. März in Kraft treten.

Wenn wir am 22. Februar auch wieder den praktischen Fahrunterricht für berufsbezogene Ausbildungen ermöglichen und am 1. März neben den Friseuren auch die Nagelstudios, Blumenläden und Gartencenter, Wildparks und Zoos wieder öffnen sowie Individualsport auf und in Sportanlagen zulassen, dann sind das zwar alles nur kleine Schritte, aber es ist das, was wir im Rahmen des von mir eingangs beschriebenen Entscheidungsdilemmas gut vertreten können. Vor allem entsprechen diese Schritte den Maßnahmen, die wir mit unserem Perspektivplan für die erste Stufe in Aussicht gestellt haben. Wir setzen genau das um, was wir mit dem Perspektivplan hier vor wenigen Wochen beschrieben haben. Auch an dieser Stelle folgen unseren Ankündigungen also Taten.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Herr Kollege Stegner, sollte der Perspektivplan hier also Erwartungen geweckt haben, so muss man feststellen: Diese Erwartungen werden jetzt tatsächlich erfüllt. Mit dem gestrigen Beschluss wurde darüber hinaus auch eine Perspektive für den Einzelhandel, für Museen und weitere körpernahe Dienstleistungen aufgezeigt. Für diese Bereiche hätten wir uns eine Öffnung schon bei einer Inzidenz von unter 50 vorstellen können, wie es unser Perspektivplan auch vorsah.

(Beifall Annabell Krämer [FDP])

Stattdessen wird dies jetzt erst ab einer Inzidenz von unter 35 möglich sein. Das ist sicherlich für die Betroffenen enttäuschend. Da diese Öffnung aber nicht an die bundesweite Inzidenz von unter 35 geknüpft ist, können wir auch hier in Abhängigkeit von unseren eigenen landesweiten Zahlen über die nächsten Schritte in eigener Verantwortung entscheiden. Das lässt hoffen, dass wir auch diesen Öffnungsschritt in Schleswig-Holstein früher erreichen können als viele andere Bundesländer. Der Perspektivplan der Landesregierung wird sich dabei erneut auszahlen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch festhalten: Wir haben in Jamaika auch in dieser schwierigen Entscheidungssituation wieder eine gemeinsame Lösung gefunden. Von Konflikten, wie die SPD sie vielleicht gern sehen würde, kann überhaupt keine Rede sein. Wir sind uns unserer Verantwortung in dieser Krise sehr wohl bewusst, und wir handeln entsprechend. Noch viel wichtiger ist aber, dass wir auch in der Sache selbst den schwierigen Spagat hinbekommen haben, Öffnungen vorzunehmen, soweit es vertretbar ist, ohne dabei aber leichtsinnig zu werden und unkalkulierbare Risiken für das weitere Infektionsgeschehen einzugehen.

Wenn das gelingt und wenn wir das weiterhin so hinbekommen, dann haben wir alles richtig gemacht. Ich glaube, das ist uns in Jamaika wieder gelungen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter.



**Lasse Petersdotter** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Das, was wir jetzt im Kern diskutieren und auch in der nächsten Woche noch intensiver diskutieren werden, ist der Perspektivplan, den wir gemeinschaftlich als Koalition für die Ministerpräsidentenkonferenz in dieser Woche eingebracht haben. Dieser Perspektivplan - dessen muss man sich immer wieder vergewissern - bildet im Prinzip zwei Säulen: eine Perspektive und einen Plan. Viel mehr, aber auch viel weniger soll er gar nicht leisten.

Umso gefährlicher war es, wie dieser Vorschlag in der letzten Woche diskutiert wurde, nämlich als eine Art von Lockerungsplan, denn das war nicht das Ziel. Das Ziel des Perspektivplans war es, in dieser unübersichtlichen und sich sehr schnell verändernden Zeit die Möglichkeit zu geben, Orientierung zu bekommen, und zwar in alle Richtungen. Das bedeutet eben auch, bei Verschlechterung der Gesamtsituation die Chuzpe zu haben, Schließungen durchzuführen, auch wenn sie unpopulär sind, und auf der anderen Seite zu reagieren, wenn es besser wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau das und nicht viel weniger - und umso schwerer ist das auch - sollte der Perspektivplan darstellen.

Der Fairness halber will ich sagen: Ich will nicht, dass meine Redezeit abläuft. Ich nehme das aber gern entgegen. - Danke. Mal sehen, ob mir das am Ende etwas gebracht hat.

(Zurufe)

Der Perspektivplan gibt damit Orientierung in unterschiedliche Richtungen. Er hat mit Sicherheit eine große Säule, und das sind die Inzidenzwerte, die wir in den letzten Monaten immer wieder intensiv diskutiert haben und zu denen wir aufbauend auf Erfahrungswerten eine gewisse Orientierung gegeben haben. Wir haben jetzt über elf Monate hinweg Erfahrungen mit Covid-19 gesammelt und feststellen können, welche Maßnahmen funktionieren. Der Inzidenzwert von 50 war im Kern eine Orientierung, wie es Frau Barth hier auch dargestellt hat. Er bezeichnet nämlich, ab welchem Punkt die Gesundheitsämter kaum noch in der Lage sind, Infektionsketten nachzuvollziehen. Es war von vornherein, ab Tag eins der wichtige Punkt, das Gesundheitssystem nicht zu überfordern und Infektionsketten nachvollziehbar zu machen.

Bei den Erfahrungen, die wir im Zusammenhang mit Covid-19 gemacht haben, hat sich herausgestellt: Ab einem Inzidenzwert von 50 wird dies besonders schwierig. Jetzt, wo wir Mutationen erleben, verändert sich diese Grundlage natürlich. Die Grundlage verändert sich dadurch, dass sich diese Mutationen schneller verbreiten. Das macht es natürlich umso schwieriger, die Infektionsketten nachzuvollziehen. Somit verändert sich auch der 50er-Wert. Man könnte jetzt sagen: Er wird dann vielleicht schneller erreicht. Aber das ist ja nicht unser Ziel. Unser Ziel ist es vielmehr, rechtzeitig zu reagieren, weswegen der 35er-Wert durchaus seine Logik hat.

Wir haben also neben diesem Inzidenzwert weitere Faktoren. Wir haben Mutationen, wir haben die Intensivkapazitäten, und zwar besonders die besetzten Intensivkapazitäten. Aber wir haben auch noch den Faktor der Impfquote. All dies berücksichtigt unser Perspektivplan, und zwar nicht nur durch den Inzidenzwert, auf den gerade viele gucken, sondern auch durch den sogenannten dynamischen Faktor. Wer auf die Internetseite der Landesregierung geht und sich die Tabelle anschaut, der kann sich Kachel für Kachel organisieren und orientieren und sieht: Dort steht dieser dynamische Faktor bei jeder Kachel dabei. Wir müssen diesen dynamischen Faktor auch berücksichtigen, und es ist richtig, dass wir das in Schleswig-Holstein tun. Wir sehen in einigen Städten gerade, wie gefährlich es werden kann. Darum ist der Inzidenzwert von 35 durchaus sinnvoll, auch wenn dies einige Erwartungen enttäuschen mag.

Der Perspektivplan, und das ist auch wichtig, ist kein Automatismus. Er ersetzt keine gesellschaftliche Debatte um die Maßnahmen. Vor allem ersetzt er kein Parlament, das diese Entscheidungen zu treffen hat. Er ist richtig, und auch die Expertise ist wichtig, die wir uns in unterschiedlichen Gremien einholen. Aber die Verantwortung über die Entscheidungen, die darauf aufbauend zu treffen sind, haben die Politikerinnen und Politiker und die Parlamente zu treffen und eben auch zu tragen. Darum beneiden uns die Expertinnen und Experten auch nicht. Keine oder keiner von denen würde dies gern umdrehen. Insofern ist es auch richtig, die politische Diskussion auf diese Expertise aufbauend zu führen und zu eigenen Schlüssen zu kommen wie beispielsweise zu der Öffnung von Kitas und Grundschulen. Hier muss man auch einmal über seinen Schatten springen und Anpassungen machen können.

(Lasse Petersdotter)

Wir haben immer von Kitas und den Schulklassen 1 bis 6 gesprochen. Jetzt ist die Rede von Kitas und Grundschulen. Das ist zum einen begründet durch die föderale Organisation, denn manche Grundschulen gehen bis zur 6. Klasse. Für uns bedeutet dies jetzt eine Organisation an der Grundschule, auch wenn die Klassen 1 bis 6 auch richtig waren. Aber nur deshalb lohnt es sich nicht, solche gemeinschaftlichen Wege zu verlassen, sondern es lohnt sich, beieinander zu bleiben.

An oberster Stelle bei dieser Öffnung stehen natürlich der Schutz der Kinder und der Schutz der Beschäftigten. Diesen Schutz der Beschäftigten müssen wir immer wieder verbessern und neue Maßnahmen dafür suchen. Dabei können stärkere Testungen, wie wir sie fordern und auf den Weg bringen, eine große Rolle spielen. Gleiches gilt aber auch für eine Veränderung der Impfstrategie. Mit Sicherheit wäre es nicht richtig gewesen, Erzieherinnen und Erzieher und Lehrkräfte in die Stufe eins der Impfungen zu verlegen, weil hier natürlich die Konkurrenz mit den besonders stark risikobehafteten Gruppen besteht.

Wir haben hier einen Zielkonflikt oder vielmehr einen Widerspruch. Auf der einen Seite wissen wir, dass die Erzieherinnen und Erzieher die Berufsgruppe sind, die am stärksten von Corona betroffen sind, denn hier gibt es die meisten Krankheitstage. Auf der anderen Seite kommen 90 % der Verstorbenen in Schleswig-Holstein aus Pflegeeinrichtungen. Das ist ein Zielkonflikt, der in der ersten Impfgruppe nicht gelöst werden kann. Deswegen ist es richtig, in die zweite Impfgruppe überzugehen, um die Erzieherinnen und Erzieher und die Grundschullehrkräfte vorziehen zu können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Machen wir uns jedoch nichts vor: Auch dort gibt es diese Widersprüchlichkeiten. Solange der Impfstoff nicht im Überfluss vorhanden ist, sondern eine stark begrenzte Ressource ist, entstehen Konflikte, die eine Abwägung erforderlich machen: Impfen wir die 70- bis 80-Jährigen als besondere Risikogruppe, oder ziehen wir die Erzieherinnen und Erzieher vor? Das ist nicht leicht zu entscheiden. Wir können diesen Widerspruch auch nicht einfach auflösen. Es gibt kein widerspruchsfreies Krisenmanagement, auch nicht in dieser Pandemie. Unlogiken in Bezug auf einzelne Maßnahmen wird es immer geben. Wir müssen aber darauf achten, dass die sozialen Härten beseitigt werden und dass die Verhältnismäßigkeit immer wieder überprüft wird. Nichtsdestotrotz wird es weiterhin Unlogiken ge-

ben. Dass der eigene Fall plötzlich gar nicht mehr verhältnismäßig wirkt, hat auch immer wieder etwas damit zu tun, dass man aus unterschiedlicher Perspektive auf ein und dieselbe Situation guckt, was die Situation mit Sicherheit nicht einfacher macht. Das zeigt sich auch daran, dass wir es nicht schaffen werden, einen zu 100 % ausgeglichenen Plan vorzulegen. Das wird niemand leisten können, und wir sollten eine solche Hoffnung nicht wecken.

Es gibt in der Gesellschaft auch nicht die eine Meinung, sondern es gibt sehr differenzierte und unterschiedliche Meinungen. Viele von ihnen sind sogar gleichermaßen legitim und nachvollziehbar. Ob die Kitas geöffnet werden oder geschlossen bleiben: Für beide Strategien gibt es sehr gute Argumente. Ein bisschen skeptisch werde ich dann, wenn man es sich zu einfach macht, wie zum Beispiel bei den ZeroCovid-Strategien, die ich größtenteils für sehr unseriös halte, auch wenn ich verstehen kann, dass man diese Debatte führt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Aber die Idee, man könnte die Inzidenz in der Gesellschaft auf null drücken, ist in der Realität zum Scheitern verurteilt. Allerdings wird man auch darüber weiter diskutieren müssen. Wenn es gute Argumente dafür gibt und das der richtige Weg ist, müssen wir alle bereit sein, unsere eigene Position aufzugeben.

Apropos Widerspruch, da möchte ich gerne auf Sie zu sprechen kommen, Herr Stegner. Sie haben gesagt - Zitat -: Kommunikation verbessern und widerspruchsfrei halten. - Ich glaube, grundsätzlich sind wir darin einig, dass die Kritik an Kommunikation immer die einfachste Form von Kritik ist. Dass ausgerechnet das die wesentliche Form der Kritik der SPD an diesem Plan ist, spricht für sich selbst.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wenn man das schon zum Hauptkritikpunkt macht, hätte ich erwartet, dass ich nach Ihrer Rede besser weiß, wofür die SPD letztendlich steht. Auf die konkrete Frage des Ministerpräsidenten, ob Sie für Kita-Öffnungen sind, haben Sie ganz konkret geäußert, dass Sie dafür sind. Das finde ich auch richtig.

Aber nehmen wir andere Widersprüche der letzten Tage. Sie sind eben darauf eingegangen, wie ich das öffentlich kommentiert habe. Wenn die Fraktion für die Öffnung von Kita, Schule und Co. ist, die SPD-Landesvorsitzende jedoch gleichzeitig twittert - Zi-



(Lasse Petersdotter)

tat -, es sei „noch nicht die Zeit für Lockerungen“, dann zeigt sich hier ein neuer Konflikt innerhalb der SPD. Wir kennen schon lange den Konflikt zwischen der SPD in Schleswig-Holstein und der SPD-Bundespartei. Das gilt dann nicht, wenn es um etwas Angenehmes geht, etwa, wenn wir mal über die Rente reden und man sich durchgesetzt hat. Dann diskutieren wir hier auch über die Grundrente; denn das war die Sozialdemokratie, die nie etwas anderes tun würde.

Nennen wir aber andere Kritikpunkte, wie etwa bei der Flüchtlingspolitik, bei der wir sagen, es gibt offenbar Kompromisse, die man zu treffen hat - das kennen wir ja, keine Frage -, dann heißt es immer: Ja, aber die Bundes-SPD hat doch mit uns bitte sehr nichts zu tun. - Das ist ein Konflikt, den wir in dieser Legislaturperiode schon seit zwei, drei Jahren erleben. Neu ist der Konflikt zwischen der SPD-Fraktion und der SPD als Partei. Da verliert man irgendwann durchaus den Überblick.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ich habe so ein bisschen das Gefühl, nach Schröders SPD gab es irgendwann Schrödingers SPD: Es ist die SPD, und gleichzeitig ist sie es auch nicht. Ich weiß nicht mehr, woran ich mich da orientieren soll. Der Kollege Koch sprach von verteilten Rollen bei der SPD. Ich habe doch den Eindruck, es gibt da widersprüchliche Rollen.

Jetzt kam die spitzfindige Frage, was denn mit den Parteivorsitzenden der Grünen ist, die sich ja auch mal widersprechen, wo es durchaus auch mal unterschiedliche Auffassungen gibt. Das kann ich ja alles verstehen. Aber Sie haben eben Herrn Regis zitiert, der sich dafür ausgesprochen hat, nicht zu früh zu lockern. Ja, wir wollen auch nicht zu früh lockern. Deswegen haben wir ja auch Maßnahmen getroffen, dass Kitas und Schulen erst eine Woche nach dem eigentlich im Stufenplan in Aussicht gestellten 15. Februar öffnen. Eine zu frühe Lockerung findet da nicht statt. Vor allen Dingen sollte man die Pressemitteilung des Landesvorsitzenden Regis auch zu Ende lesen. Im letzten Satz weist er nämlich auf den Perspektivplan und den dynamischen Faktor hin. Genau in dem Rahmen bewegen wir uns.

Der Perspektivplan ist die Grundsäule unserer momentanen Orientierung. Er ist nicht perfekt. Wir werden in den kommenden Wochen noch darüber sprechen. Wir werden eine Anhörung durchführen, in der wir die Ideen miteinander abklopfen werden. Ich spreche mich dafür aus, dass wir den SPD-Antrag in die Ausschüsse überweisen, damit wir viele

der Punkte, die die SPD darin anspricht, gerade was den Vergleich von niedersächsischem Perspektivplan und schleswig-holsteinischem Perspektivplan angeht, in der Anhörung thematisieren und miteinander beraten können. Wir sollten die Anhörung ernst nehmen und bereit sein, immer wieder Anpassungen an dem Perspektivplan vorzunehmen, der durchaus Spielraum für Entscheidungen lässt. Er ist in der Expertise zwar sehr konkret, aber, was die Maßnahmen angeht, mit Sicherheit nie der Weisheit letzter Schluss. Genau deswegen bleibt es weiterhin in unserer Verantwortung, aufbauend auf den Grundlagen des Perspektivplans die besten Entscheidungen zu treffen und zu diesen Entscheidungen zu stehen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Christopher Vogt.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Glück haben wir seit einigen Wochen stetig sinkende Infektionszahlen in Deutschland, aber auch in Schleswig-Holstein. Das heißt, die Maßnahmen wirken. Es ist momentan von vielen Modellen und Modellierungen die Rede, auch was die nächsten Wochen angeht. Wir müssen aber eines feststellen: Wenn die Menschen in der Breite der Gesellschaft nicht mitmachen, dann funktioniert das alles nicht. Das ist, glaube ich, eine ganz wichtige Erkenntnis.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Deshalb ist die Akzeptanz ganz elementar. Wir haben aber gleichzeitig auch die große Unsicherheit angesichts der aggressiven Virusvarianten, die auch bei uns angekommen sind und sich mit der Zeit aller Voraussicht nach durchsetzen werden. Zumindest scheint dies für die britische Variante in Deutschland zu gelten.

Die aktuelle Gemengelage macht die ohnehin schwierige Situation nicht einfacher. Die Stimmung in der Bevölkerung ist durch die hohen Belastungen vieler Menschen durch den Lockdown mittlerweile sehr angespannt. Der Optimismus vieler Menschen, mit denen sie ins neue Jahr gestartet sind - ich spreche da auch für mich -, ist in den letzten Wochen doch ein Stück weit verflogen. Nicht wenige, gera-

(Christopher Vogt)

de gewerbetreibende Menschen sind zunehmend verzweifelt.

Die letzten Tage ist es bei der ganzen Diskussion über die Ministerpräsidentenkonferenz fast ein wenig in den Hintergrund getreten. Aber bei der Pandemiebekämpfung steht und fällt sehr viel mit der Impfkampagne. Es ist doch mittlerweile offenkundig: Die EU mit ihren Mitgliedstaaten hat zu spät und zunächst auch zu wenig bestellt. Ich finde es richtig, dass man das europäisch regelt. Darum geht es gar nicht. Es geht darum, wie man bestellt hat, nicht darum, dass man europäisch bestellt hat.

(Beifall FDP, SPD und SSW)

Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten, zu Großbritannien oder auch zu Israel war man an der falschen Stelle zu knauserig. Das hat auch mit der Verantwortung der Mitgliedstaaten zu tun. Wenn man 4 € pro Impfdosis ausgibt, während andere 27 € dafür ausgeben und auch noch früher bestellt haben, dann darf man sich nicht wundern, dass die beim Impfen schneller sind. Zudem hat man auch noch schlechte Verträge geschlossen. Ich sage nur: fünf oder sechs Dosen pro Ampulle. - Das ist doch offenkundig. Deswegen ärgert es mich massiv, dass die politisch Verantwortlichen lange und teilweise immer noch das Offensichtliche leugnen oder versuchen, es schönzureden. Ich glaube, es wäre für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die staatlichen Institutionen besser, wenn man sagen würde: Da ist vieles sehr schlecht gelaufen. Das können wir jetzt nicht mehr ändern. Aber was wir ändern können, ist, dass wir an der Produktion arbeiten und jetzt alles tun, um diese Fehler zu beheben.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir dürfen bei all den Diskussionen über Managementthemen in Deutschland nicht vergessen: Wir haben es mit einer Pandemie zu tun. Das heißt, wir haben eine globale Herausforderung. Das Impfen ist nicht nur wichtig, damit wir hier unsere Freiheit und das gewohnte Leben zurückbekommen. Die mit der Pandemie verbundene Weltwirtschaftskrise ist für die Industriestaaten wie Deutschland schlimm. Für die Menschen in den Entwicklungsstaaten ist sie vielfach eine absolute Katastrophe.

(Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Ganz genau!)

Denn sie bedeutet massive Verarmung, Hunger, Hungertod. Man darf auch nicht übersehen: Wir müssen nicht nur für uns jetzt schnell genügend

Impfstoff produzieren, sondern auch für die Menschen in Asien, Afrika und Südamerika. Das ist ein Gebot der Humanität, und vorher ist die Pandemie nicht vorbei.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In Schleswig-Holstein sind wir beim Impfmanagement im Vergleich zu anderen gut davor. Die von Anfang an funktionierende Terminvergabe wurde zügig noch einmal optimiert; das System gilt mittlerweile in anderen Bundesländern als vorbildlich.

Natürlich kann man jetzt fordern, dass mehr Impfzentren eröffnet werden oder dass die Fahrt dorthin kostenlos sein soll. Entscheidend sind aber die Steigerung der Produktion und verlässliche Liefertermine. Nach wie vor gibt es da Probleme. Es muss doch etwas da sein, was man verimpfen kann, ansonsten ist die Diskussion drum herum relativ belanglos.

(Beifall FDP, SSW und Hans-Jörn Arp [CDU])

Meine Damen und Herren, das Vorziehen von Erzieherinnen und Erziehern und Grundschullehrkräften sozusagen in die vordere Prioritätengruppe ist, finde ich, ein gutes Signal, aber auch da gilt: Wenn man einen Mangel hat, dann bringt es relativ wenig, die Gruppe derjenigen, die anspruchsberechtigt sind, zu vergrößern. Man muss mehr Impfstoff haben, das ist das Entscheidende.

(Beifall FDP, SSW und Birgit Herdejürgen [SPD])

Ich finde das sympathisch - ein Stück weit hat man den Gesundheitsministern das Thema einfach rübergeschoben, wenn man ehrlich ist; da muss das jetzt diskutiert werden -, aber ich sage voraus, dass das weitere Diskussionen nach sich ziehen wird. Es geht dabei nicht nur um die Frage, wo der Impfstoff herkommt, sondern auch um die Frage, was eigentlich mit den Lehrkräften ist, die bei den abschlussbezogenen Klassen Präsenzunterricht machen; ältere Jugendliche gelten ja eigentlich als infektiöser. Das Ganze ist also noch nicht bis zu Ende durchdacht. Das muss weiter diskutiert werden.

Die Bundesregierung muss auch noch das Reisemanagement und das Beobachten von Mutationen, auch international, besser regeln. Wahrscheinlich werden noch neue Varianten kommen, die ebenfalls gefährlich sind.

Die Krankenhausfinanzierung: Dass Kreise unter einer Inzidenz von 70 - davon gibt es von Tag zu

(Christopher Vogt)

Tag mehr Kreise in Deutschland, in Schleswig-Holstein sogar schon lange - kein Bundesgeld bekommen, obwohl man beispielsweise in Dithmarschen auch Pinneberger Patienten mit versorgt, was eine Menge Geld kostet.

(Zurufe: Itzehoe!)

- Ja. Dass der Krankenhauschef aus Itzehoe im Fernsehen sagt: „Ich wünsche mir, dass das Infektionsgeschehen abnimmt, aber als Geschäftsführer muss ich sagen, ich hoffe, dass es steigt, denn ansonsten gehen wir finanziell vor die Hunde“, das kann doch nicht sein. Da muss dringend nachgebessert werden.

(Beifall FDP, SPD, SSW und vereinzelt CDU)

Zu den Wirtschaftshilfen komme ich gleich auch noch. - Zu all diesen Themen gibt es noch Diskussions- und Verbesserungsbedarf.

Die Menschen brauchen trotz der schwierigen Gemengelage realistische Perspektiven. Wenn man kein klares Ziel verfolgt, kann man auf Dauer nicht diszipliniert erfolgreich arbeiten. Schleswig-Holstein ist da mit klaren Vorschlägen vorangegangen.

Herr Dr. Stegner, diesen Vorwurf, wir hätten nicht mit den Betroffenen gesprochen und so weiter, kann ich nicht nachvollziehen. Wenn ich nicht mit meinen geschätzten Koalitionspartnern oder mit der eigenen Familie spreche, spreche ich momentan eigentlich vor allem mit Menschen, die von den Maßnahmen betroffen sind.

(Beifall FDP und Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich komme wie Sie aus einem Haushalt von Selbstständigen. Ich weiß schon, was es bedeutet, dass man selber sein Geld verdienen muss und dass nicht pünktlich überwiesen wird. Deshalb wäre ich mit Vorwürfen ein bisschen vorsichtig, gerade auch an meine Fraktion. Wir haben einen sehr intensiven Austausch mit den Gewerbetreibenden, jeden Tag und sehr umfangreich. Ich weiß, wo die Probleme liegen. Das alles ist mit in die Beratungen eingeflossen. Was glauben Sie denn, wie das entstanden ist? Das ist nicht am grünen Tisch entstanden, sondern wir haben sehr viele Wochen darüber gesprochen, was prioritär ist und was getan werden muss.

(Beifall FDP und Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie haben immer eine Inzidenzampel gefordert und gesagt, Sie seien eigentlich der Vater des gesamten Konzepts, haben aber nie selbst ein konkretes Kon-

zept vorgelegt. Dann kann man natürlich immer gemütlich Vorwürfe machen.

Meine Damen und Herren, andere Bundesländer und Institutionen haben ebenfalls Vorschläge gemacht: Niedersachsen, Thüringen, Berlin, der Jugendminister aus Nordrhein-Westfalen, Joachim Stamm, die FDP-Bundestagsfraktion, und auch die Grünen im Bundestag haben so etwas diese Woche gefordert. Wir sind also nicht allein, und es wurde im Januar auf unser Drängen auch glasklar vereinbart, dass gestern - gestern! - ein entsprechender bundesweiter Perspektivplan beschlossen werden sollte.

(Beifall FDP und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dass da bisher nichts vorliegt, ist ein problematisches Signal an die Bürgerinnen und Bürger. Das ist einfach so.

(Beifall FDP, SPD und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn wenn man nicht nur von den Bundesländern, sondern vor allen Dingen von den Bürgerinnen und Bürgern erwartet, dass die sich an die Beschlüsse halten, dann sollte man sich auch selbst an die Beschlüsse halten. - Das geht direkt an Helge Braun ins Kanzleramt.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ansonsten muss man sich nicht wundern, wenn die Akzeptanz leider abnimmt. Die Art der Vorbereitung der Ministerpräsidentenkonferenzen ist jetzt auch nicht zum ersten Mal Thema. Vielleicht kann man das durch ein bundesweites Konzept und System in Zukunft auch besser regeln als immer über diese Gipfel, bei denen es dann tagelang Drama gibt.

Wir brauchen insgesamt mehr Verlässlichkeit, auch und gerade bei der Kommunikation. Das ist in diesem Fall nicht einfach. Ich sage das auch durchaus selbstkritisch. Man sollte nicht alle paar Tage etwas anderes erzählen; das verunsichert die Menschen. Das gilt für jeden, und da sollte sich jeder selbst prüfen. Herr Dr. Stegner, das gilt auch für die Opposition. Die Kollegen haben es angesprochen. Sie haben so getan, als hätte Frau Midyatli nur eine Prognose gewagt. Das war eine Forderung, nichts vor März zu machen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Genau das ist eingetroffen!)

- Das ist eingetroffen?

**(Christopher Vogt)**

(Serpil Midyatli [SPD]: Ja, der Lockdown wird insgesamt verlängert!)

- Ja, aber Sie haben gesagt, vor März dürfe nichts geöffnet werden. Wir öffnen Kitas und Grundschulen. Das ist doch nicht gar nichts. Das ist eine Menge an Kontakten, die da entstehen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Herr Dr. Stegner hat gesagt, wir sollten insgesamt weniger loben. Wir fangen damit jetzt bei Ihnen an, dass wir weniger loben.

(Heiterkeit FDP)

Herr Dr. Stegner, ich sage Ihnen aber auch: Frau Midyatli hat mir oder uns auch vorgeworfen, durch den Streit in der Koalition verunsicherten wir auch die Menschen. Ich habe am Freitag genau das in der Presse vertreten, was wir seit zwei Wochen gemeinsam vorschlagen. Wenn mir das zum Vorwurf gemacht wird, okay.

(Beifall FDP)

Daniel Günther, zum Thema eigener Weg möchte ich sagen: Wenn auf Bundesebene - das ist ja nicht ganz abwegig gewesen - nichts kommt, und das bei sinkenden Zahlen, dann muss ja gehandelt werden. Wenn auf Bundesebene nichts kommt, müssen wir natürlich einen eigenen Weg gehen und sind vorbereitet. Das habe ich gesagt, und das gilt auch: Wenn dort nichts kommt, dann sind wir vorbereitet.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, die Wahrheit ist doch: Nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch bei den politisch Verantwortlichen gehen die Meinungen über die richtige Strategie auseinander. Nicht nur die Bundesregierung, sondern auch einige Bundesländer wollen gar keinen Perspektivplan, wenn man ehrlich ist. Eine tragfähige Strategie ist mit Blick auf die Entwicklungen jetzt aber wirklich überfällig. Nur Durchhalteparolen nutzen sich auf Dauer eben ab.

Wenn Schleswig-Holstein gemeinsam mit anderen in den letzten zwei Wochen nicht vorangegangen wäre, wäre der Lockdown gestern einfach nur verlängert worden - ohne irgendwelche nächste Schritte festzulegen. Das gehört zur Wahrheit auch dazu.

Jetzt wird die Stufe 3 aus unserem Vorschlag, also der Bereich der Inzidenz zwischen 50 und 100, immerhin weitestgehend umgesetzt. Alles Weitere wird dann hoffentlich bis zum 3. März 2021 erarbeitet werden. Da bin ich sehr gespannt.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Es wurde gesagt, Kitas und Grundschulen werden geöffnet. Das ist der richtige erste Schritt mit Blick auf die Belastung der Familien, die Entwicklung der Kinder, aber auch mit Blick auf die Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Natürlich müssen Schutzkonzepte mit entsprechenden Teststrategien dazugehören.

Zudem öffnen Friseure und weitere körpernahe Dienstleistungen und Sportanlagen für den Individualsport. Auch dort gilt ja die Kontaktregelung, Treffen nur mit einer anderen Person, insofern ist das Risiko an dieser Stelle überschaubar.

Es gab auch den großen Wunsch, dass die Angelteiche öffnen. Herr Kollege Bornhöft: Das ist im Moment eher Eisangeln. Als Feuerwehrmann sage ich: Das Betreten der Eisfläche sollte man derzeit lassen! Auf überschwemmten Wiesen geht es vielleicht, aber da wird man wahrscheinlich keine Fische finden.

(Zuruf und Heiterkeit FDP)

Aber wir machen das.

Wildparks und Zoos, Blumenläden - all das wurde gesagt.

Bei den Kontaktregelungen haben wir auch etwas anderes vorgeschlagen: weiterhin zwei Haushalte, aber mit bis zu fünf Personen und Ausnahmen für Kinder. Gerade bei den Kindern wünschen wir uns weitere Ausnahmen. Das wäre eine große Entlastung, gerade für junge Familien.

(Beifall FDP und Christian Dirschauer [SSW])

Herr Dr. Stegner: Wir versuchen immer, eine norddeutsche Abstimmung hinzubekommen. - Ja, das versuchen wir immer. Ich sage Ihnen allerdings auch: Auch Herr Weil hat ein Konzept vorgelegt. Darin gibt es Ähnlichkeiten zu unserem, das weicht aber auch von unserem ab. Auch Frau Schwesig hat Daniel Günther zu Recht gelobt; sie hat sich in den letzten Tagen sehr konstruktiv eingebracht. Hamburg verfolgt mittlerweile eine andere Strategie. Bei Kitas und Schulen haben sie bisher mehr gemacht, sind jetzt aber deutlich zurückhaltender. Hamburg ist sozusagen an der Seite Bayerns und der Bundesregierung, wenn man das so aufteilen will. Insofern wird das nicht so ganz einfach werden.

In den nächsten Wochen werden die Infektionszahlen hoffentlich weiter sinken. Das gilt flächendeckend für Schleswig-Holstein und für Deutschland, und hoffentlich besonders für die Kreise Flensburg,

(Christopher Vogt)

Pinneberg, Lübeck und Herzogtum Lauenburg, wo die Zahlen kurzfristig leider sehr stark angestiegen sind. Es gibt sehr unterschiedliche Herausforderungen auch unter diesen vier Kreisen in Schleswig-Holstein. Die Inzidenzwerte sind ähnlich, aber die Herausforderungen sind unterschiedlich. Deshalb muss man gezielt darauf reagieren.

Damit wird es hoffentlich weitere Perspektiven für die Schulen, die weiterführenden Schulen, vor allem den Einzelhandel, den Sport - wo aus meiner Sicht besonders Kinder und Jugendliche im Fokus sind -, die Gastronomie und die Kultur geben.

Der Inzidenzwert von 35, der jetzt für die nächsten Schritte angepeilt wird, wird sehr heiß diskutiert. Natürlich ist es schwierig, wenn man immer von 50 spricht, dann aber kurz vor dem Ziel sagt: Jetzt ist aber die 35 die neue 50.

(Beifall FDP)

Über die Mutationen haben wir schon viel gesprochen. Ich verstehe absolut die Vorsicht. Psychologisch und auch rechtlich ist es schon sehr gewagt, zumal die 35 mitten im Winter wirklich ambitioniert ist. Das war die 50 auch schon, der wir uns jetzt genähert haben.

(Beifall FDP und Barbara Ostmeier [CDU])

Meines Wissens gilt nach wie vor das Infektionsschutzgesetz, das die rechtliche Grundlage für die ganze Veranstaltung ist. Da ist die 35 ein wichtiger Schwellenwert, aber eben auch die 50. Den da gar nicht mehr zu erwähnen, das wird noch viele Diskussionen und im Zweifel auch rechtliche Verfahren nach sich ziehen. Das prognostiziere ich einmal.

(Beifall FDP und Barbara Ostmeier [CDU])

Auch dass in dem Entwurf plötzlich von „deutschlandweit“ die Rede war, wo das Infektionsschutzgesetz ausdrücklich regionale Differenzierungen vorsieht, fand ich überraschend - so nenne ich es einmal. Das scheint mir aber auch ein Stückweit der Kompromiss für die No-Covid-Fraktion aus Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und der Bundesregierung zu sein.

(Zurufe)

Interessant finde ich die Formulierung, dass man geschrieben hat „aus heutiger Perspektive“. Es ist in der Politik ja nicht zufällig so, dass man das so formuliert. Es scheint mir eine Art Hintertürchen zu sein. Wir werden es in den nächsten Wochen sehen.

Perspektivpläne bedeuten aber nicht nur Öffnen, sondern im Zweifel auch Schließen, wenn nötig.

Das Hin und Her ist natürlich nicht gewollt, aber im Zweifel geht es eben nicht nur in eine Richtung. Es ist ein System. Ehrlich gesagt, Kollege Petersdotter, habe ich nie von einem Lockerungsplan gesprochen. Im Papier heißt es jetzt, glaube ich, Öffnungsstrategie. Es geht darum, inzidenzbasiert zu reagieren, sowohl in die eine wie in die andere Richtung. Es werden da auch keine festen Termine genannt. Auch Markus Söder behauptet das immer. Entweder hat er sich nie damit beschäftigt - kann ja sein -, oder er behauptet es trotzdem. Das wäre nicht ganz fair. Man muss sich genau angucken, wie es funktioniert.

Es ist unsere Pflicht, Akzeptanz und Motivation zu stärken. Grundrechtseingriffe müssen begründet werden, nicht ihre Rücknahme.

(Beifall FDP, Barbara Ostmeier [CDU] und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Teilweise findet hier eine Art Beweislastumkehr statt. Auch wenn die Mutationen uns Sorge bereiten, ist es schwierig, bei den Grundrechten alles Mögliche vorsorglich zu machen. Zur No-Covid-Fraktion könnte ich vieles sagen. ZeroCovid ist noch eine ganz andere Abteilung, mit der ich mich, ehrlich gesagt, gar nicht auseinandersetzen will. Die No-Covid-Fraktion ist aber sehr groß, auch Ökonomen sind dabei. Es spricht in der Tat einiges dafür, zu sagen: Wir drücken mal richtig weit runter, dann können wir mehr öffnen. - Mit Blick auf den letzten Sommer und Herbst - da gab es noch die Reiserückkehrer - glaube ich allerdings, dass viele Menschen es sich nicht vorstellen können, dass das funktioniert. Sie sagen: Solange das Virus da ist, kommt es auch wieder hoch.

Die Belastungen der Gesellschaft sind enorm. Bildung muss immer vorrangig behandelt werden. Der Distanzunterricht funktioniert inzwischen besser, ist aber natürlich kein Eins-zu-eins-Ersatz für den Präsenzunterricht. Bei der Digitalisierung müssen wir mehr tun. Dass aus dem eigentlichen DigitalPakt erst 3 % der Mittel abgerufen sind, zeigt, dass wir hier noch flexibler werden müssen. Das muss schneller gehen!

(Beifall FDP und SSW)

Wir haben uns hier mit anderen Programmen geholfen, müssen hier aber mehr tun.

Viele Eltern sind so eine Art Ersatzlehrer geworden. Bekannte, die ich in der IT-Branche habe, wundern sich teilweise über die Systeme, die im Bildungsbe-

**(Christopher Vogt)**

reich eingesetzt werden. Da gibt es an vielen Stellen Verbesserungsbedarf.

Die Frage, ob dieses Schuljahr ein richtiges Schuljahr ist, wird noch spannend. Im Sinne der Chancengerechtigkeit müssen wir alles tun, was die Situation verbessert.

Mit Blick auf die Kleinkinder, die hier völlig zu Recht häufig Thema sind - ich habe selbst zwei kleine Kinder -, aber auch mit Blick auf die Jugend, der wir Stabilität bieten müssen, möchte ich noch eines sagen. Herr Dr. Stegner, Sie haben es auch angesprochen. Es geht bei den 15-Jährigen nicht nur um Partys, sondern auch um Schulabschlüsse. Das sind noch nicht die Abschlussklassen, aber die müssen sich auch vorbereiten und gerade bei den Jungen, die 15 oder 16 sind, merken wir, dass sie ganz oft abgerutscht sind. Da müssen wir etwas tun. Die müssen wir im Blick behalten und nicht auf die Jugend schimpfen nach dem Motto: Hier und da feiern die irgendwelche Partys. - Natürlich haben die das Bedürfnis, sich zu treffen, aber sie haben auch die faire Chance verdient, ihre Bildungsabschlüsse vernünftig zu machen. Darum müssen wir uns kümmern.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die Einsamkeit bei älteren Menschen und von psychisch belasteten Menschen ist ein großes Thema. Mit Blick auf die Kontaktregeln müssen wir in den nächsten Wochen schon schauen, was wir da nacharbeiten können. Die Einpersonenregelung ist für viele Familien schon sehr hart. Ich habe, wenn ich ehrlich bin, den Eindruck, dass nicht alle die Regeln so ganz befolgen. Darum müssen wir uns kümmern.

Ich sage auch ganz deutlich: Ich kenne nicht wenige, die haben sich gemütlich im Lockdown eingerichtet. Wenn man keine Kinder hat und das Geld pünktlich überwiesen wird, ist so ein Lockdown im Ohrensessel gut auszuhalten. Da sagt man leicht: Vielleicht sollte man sogar etwas weitermachen. Aber mit Blick auf den Einzelhandel, auf die Menschen, die nicht nur kein Geld verdienen und nicht arbeiten dürfen, sondern die sich jeden Monat weiter verschulden und gar nicht wissen, wie es weitergeht, die auch von der Bank kein Geld mehr bekommen und die Wirtschaftshilfe noch nicht überwiesen bekommen haben, ist es ein Stück weit hochnäsig, was man liest und hört.

(Beifall FDP, CDU, vereinzelt SPD und Beifall Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es kann nicht immer nur ums Schließen gehen. Auch das Management muss verbessert werden. Es muss mehr Tests in den Pflegeheimen geben. Auch die Impfungen verbessern schon sichtbar einiges, wie die momentanen Ausbruchszahlen zeigen. Die Teststrategie muss insgesamt weiterentwickelt werden. Schnelltests für Laien wären eine große Entlastung, auch mehr Apps für den Gastronomie- und Kulturbereich, wie zum Beispiel das, was Smudo vorgelegt hat. Das sind Perspektiven. Es geht um den Einsatz von Luftfiltern. Bei den Gesundheitsämtern, so höre ich ganz oft, wird viel über Digitalisierung gesprochen. Mir sagen Leute aus den Gesundheitsämtern: Das Problem ist, dass wir das Gefühl haben, es wird uns nicht immer die Wahrheit gesagt. - Das ist dann bei den Quarantäneanordnungen ein Problem.

Bei der Wirtschaftshilfe will ich auch noch einmal sagen: Die Novemberhilfe fließt jetzt langsam - aber immerhin. Die Überbrückungshilfe III kann jetzt beantragt werden. Da müssen jetzt schnell die Abschlagszahlungen kommen. Der Konflikt zwischen Scholz und Altmaier sollte jetzt mal aufhören, das interessiert keinen Menschen.

(Beifall FDP, Lukas Kilian [CDU] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Das ist nicht nur für den Einzelhandel wichtig, sondern auch für den Bereich der Gastronomie, das sind menschliche Schicksale, die unverschuldet in Not geraten sind. Die sind oft verzweifelt. Auch dort gilt: Wir brauchen Solidarität. Davon gibt es in unserer Gesellschaft immer noch sehr viel. Gerade mit diesen Menschen müssen wir alle solidarisch sein.

(Beifall FDP und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Für die Veranstaltungsbranche gilt Ähnliches. Wir werden Ostern schauen, was mit dem Tourismus ist - ein wichtiger Wirtschaftszweig in Schleswig-Holstein.

Ich habe hier im März 2020 gesagt: Demokratie, Rechtsstaat und soziale Marktwirtschaft dürfen in dieser Krise keinen Schaden nehmen. - Meine Damen und Herren, da mache ich mir jetzt mehr Sorgen als vor einem Jahr.

(Beifall FDP und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Die Gerichte machen ihren Job, wie wir jetzt auch in Baden-Württemberg oder Bayern gesehen haben. Wir haben zum Glück relativ wenige Urteile kassiert, bei denen wir korrigiert werden mussten.



**(Christopher Vogt)**

Aber auch der Verordnungs- und Gesetzgeber muss stärker darauf achten, dass der Rechtsstaat gilt. Man muss zurückhaltend sein und Urteile, zum Beispiel beim Thema Ausgangssperren, ernst nehmen. Auch die Parlamente müssen eingebunden sein, wie der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes deutlich gesagt hat. Das würde auch die Gesellschaft mehr beieinander halten, denn auch dort müssen die unterschiedlichen Meinungen zutage treten und es muss sich ausgetauscht werden, um am Ende Kompromisse zu finden.

(Beifall FDP)

Die Lage bleibt weiterhin angespannt. Die nächsten Wochen werden sehr entscheidend werden. Wir wollen eine massive dritte Welle verhindern, aber auch keinen Burn-out der Gesellschaft riskieren. Wir wollen die erheblichen Folgen des Lockdowns bestmöglich abmildern. Wir sollten in Schleswig-Holstein weiterhin konzentriert und vorsichtig, aber auch verhältnismäßig, fair und optimistisch sein. Es gibt viel zu tun. - Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man sich das Beschlusspapier ansieht, muss man sagen, dass es eine Riesenenttäuschung ist, was uns dort gestern präsentiert wurde. Wir hatten alle eigentlich gehofft, dass gestern nun endlich eine Perspektive beschlossen wird und herausgekommen ist eigentlich im Prinzip nichts - jedenfalls nichts Neues.

(Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Doch, 35!)

Im Gegenteil, meine Damen und Herren, die harten Restriktionen bleiben im Groben. Es gibt ganz wenige, kleine Ausnahmen.

Aufgrund der schleppenden Auszahlung der Wirtschaftshilfen, die wir sicherlich nicht zu verantworten haben, ist die Wirtschaft am Limit. Da ist kaum noch Spielraum, dass die Betriebe überleben können. Ich will aber genauso wie der Kollege Vogt, nicht nur abstrakt von „der Wirtschaft“ reden. Wir reden hier über Arbeitsplätze, über Menschen, über Familien, die wirklich jeden Penny brauchen und tatsächlich am Existenzrand stehen. Die müssen

sich verschulden und sind absolut in Not. Da können wir es uns nicht erlauben, die Leute weiterhin vor den Kopf zu stoßen.

Wenn ich mir dann das Papier ansehe, dann heißt es trotz all der guten Vorschläge, die im Vorfeld gemacht worden sind, auf einmal: Der Einzelhandel darf jetzt erst später aufmachen und dann trotzdem nur unter den schärfsten Restriktionen. Das werden übrigens schärfere Restriktionen sein, als wir sie gehabt haben. Bei uns hieß es: „eine Person pro 10 m<sup>2</sup>“, im Papier: „eine Person pro 20 m<sup>2</sup>“. Das ist also die Hälfte an Kunden. Das kann für einige Betriebe eine kleine Katastrophe sein und dazu führen, dass der eine oder andere Betrieb sagt: Dann mache ich lieber nicht auf, wenn da nicht genügend Leute bei mir vorbeikommen können.

Deshalb glaube ich, dass das, was in dem Papier drinsteht, eben nichts ist. Harte Regeln für die Zusammenkünfte stehen drin. Es sind die gleichen Regeln wie vorher. Ich kann mir gar nicht erklären, warum das so ist. Wenn ich ehrlich bin, muss ich sagen: Die Regel, dass ein Hausstand noch eine weitere Person zu Besuch haben darf, ist so was von weltfremd,

(Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Ach!)

dass ich eigentlich erwartet hätte, dass man zu einer vernünftigen Korrektur kommt und wieder zwei weitere Personen zulässt.

(Beifall Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Es kann nicht angehen, dass Oma und Opa ihre Enkel nicht besuchen können und einer draußen vor der Tür stehenbleiben muss und sagt: Oma, geh du mal rein und hol das Kind mal raus, weil ich nicht reindarf, da sitzen noch zwei andere - nämlich die Eltern. Das ist so etwas von lebensfremd, dass ich eigentlich erwartet hätte, dass mit diesem Papier eine entsprechende Korrektur vorgenommen würde.

Auch das ist anders als vorher: Es gibt keine festen terminlichen Zusagen - anders als wie wir es suggeriert haben, alle gemeinsam im Übrigen, wir haben uns ja alle dem Perspektivplan des Ministerpräsidenten angeschlossen - für Kultur, für Weiterbildungseinrichtungen, für Soloselbstständige, für die Veranstaltungsbranche und auf Bundesebene auch für den Sport. Das findet dort nicht statt. Wenn man dann genau in den Text hineinschaut, was eigentlich da drinsteht, stellt man fest:

Darin stehen jede Menge Wiederholungen: Dass wir FFP2-Masken tragen sollen, wird uns noch einmal gesagt - das finde ich ja ganz toll. Dass die Umsetzung von Hygienekonzepten gern gemacht

**(Lars Harms)**

werden soll - ja, das wissen wir auch schon seit Monaten. Dass wir im Homeoffice arbeiten sollen, ist auch keine neue Erkenntnis. Alles Lyrik, um Seiten zu füllen, aber keine Perspektive für die Menschen, kein Perspektivplan für die Menschen. Da muss ich ganz ehrlich sagen: Da hat die Landesregierung eine ordentliche Niederlage kassiert.

(Beifall Birte Pauls [SPD], Jette Waldinger-Thiering [SSW] und Jörg Nobis [AfD] - Christopher Vogt [FDP]: Das überzeugt jetzt nicht alle!)

- Das ist klar, dass ihr das nur zurückhaltend zur Kenntnis nehmt. Das kann ich auch gut verstehen. Das ist auch nicht leicht zu ertragen. Gerade die FDP hat ja hochtrabende Pläne gehabt, wie man es den Menschen erleichtern könnte, die wir durchaus geteilt haben.

(Christopher Vogt [FDP]: Ich wollte gerade sagen!)

Wenn man dann feststellen muss, dass daraus nichts wird, dann kann ich die Zurückhaltung natürlich verstehen. Aber für mich, das muss ich ganz ehrlich sagen, hat vieles von den Sachen auch etwas mit gesundem Menschenverstand zu tun und damit, sich in die Menschen hineinzufühlen. Der Kollege Vogt hat es gerade auch gesagt: Es ist für die Familien und Menschen wirklich nicht mehr zu ertragen, wenn sie in den nächsten zwei oder drei Monaten nicht wissen, was die Zukunft bringt und was möglicherweise dann eben auch die nächsten zwei oder drei Monate ohne Arbeit für sie bedeuten.

Es gibt Familien, da ist ein ganz normaler Facharbeiter, der arbeiten geht und seine 2.000 € netto verdient und auf einmal nur noch 80 % bekommt, das heißt 1.600 €. Da fehlt für eine Familie schon richtig viel Kohle. Wenn dann der Partner auch noch irgendwo eine halbe Stelle oder Viertelstelle oder einen 450-€-Job verliert, weil gerade die Buden überall dichtgemacht sind, dann ist das richtig Geld, dann reden wir auf einmal über 800 € im Monat. Das ist ein Haufen Kohle, der den Familien fehlt. Darüber können wir als Politik nicht einfach hinwegsehen, sondern wir müssen das abwägen. Deswegen wäre es wichtig gewesen, dass wir diesen Menschen eine Öffnungsperspektive gegeben hätten. Dass das nicht geschehen ist, ist ein Fehler in diesem Papier.

Aber natürlich, es stimmt, der Ministerpräsident hat recht: Die Schulen öffnen. Das ist auch in Ordnung, auch zum 22. Februar 2021 finde ich das gut. Das entspricht ja den Planungen, die man vorher auch gehabt hat. Das ist allerdings auch nicht unbedingt

ein großer Erfolg, weil alle die Schulen mehr oder weniger öffnen wollten. Aber dass das jetzt gemacht wird und dass man das tun will, ist auch ganz wichtig. Eine Bitte hätte ich dabei allerdings: Wir müssen schnell sehen, dass regelmäßige Testungen im Bereich der Schulen und Kindergärten stattfinden, sowohl für die Kinder als auch für das Personal. Das ist einfach wichtig. Da brauchen wir in der nächsten Woche - früh in der nächsten Woche! - ein Konzept, damit die Schulen und die Kindergärten auch wissen, wie sie das Ganze umsetzen müssen. Das ist vielleicht noch ein kleiner Schlenker, der auch wichtig ist: Wir haben auch Kindertagespflege. Auch da muss sichergestellt sein, dass entsprechende Testungen vorgenommen werden.

Friseure dürfen endlich wieder öffnen. Das ist für viele Menschen sicherlich eine ganz wichtige Geschichte. Ich finde es aber auch gut, dass auch die Nagelstudios öffnen. Das zeigt mir aber auch, dass die Diskussionen, die wir hier führen - ganz unideologisch, wenn wir sie führen -, auch fruchten. Ich finde immer noch, dass Gleiches gleich behandelt werden muss. Diese körpernahe Dienstleistung ist sehr ähnlich. Ich bin froh, dass unsere Diskussionen auch dazu geführt haben, dass wir hier in Schleswig-Holstein - anscheinend anders als an anderen Orten - beim Sport Öffnungen zulassen. Das finde ich richtig. Das ist auch aus pädagogischer Sicht wichtig, weil gerade für Kinder und Jugendliche die Bewegung, wieder einmal rauszukommen, um möglicherweise - wenn auch mit Abstand - andere Menschen zu treffen, ganz, ganz wichtig ist.

Ich glaube auch, dass die Öffnung von Zoos, Wildparks, Fahrschulen, aber auch Blumen- und Gartenbaucentern ganz richtig ist, wobei ich mir schon jetzt die Schwierigkeit vorstellen kann, wie man ein Gartenbaucenter von einem Baumarkt unterscheiden will, die oft beides beinhalten. Da bin ich einmal gespannt, was Sie da vorschlagen. Meine Tendenz wäre am ehesten, vielleicht auch den Baumärkten die Möglichkeit zu eröffnen, öffnen zu können. Aber das werden wir dann ja sehen.

Trotzdem: Die Maßnahmen, die hier getroffen sind, sind natürlich richtig, aber, wenn ich mir das Papier ansehe - darauf will ich gern noch einmal zurückkommen -, muss ich feststellen, dass Dinge enthalten sind, von denen ich als Landespolitiker erwarte, dass die Landesregierung sagt, sie unterschreibt das nicht. Ich will Ihnen das Beispiel Impfen nennen. Die Kollegen haben das schon angesprochen. Da heißt es dann, Kita-Beschäftigte und Grundschullehrerinnen und -lehrer sollen jetzt auch bevorzugt geimpft werden. Da steht aber nicht, wer denn dann

(Lars Harms)

bei der begrenzten Menge von Impfstoffen auf seine Impfung verzichten soll. Ich finde, das ist nicht in Ordnung. Denn das ist die letzte Konsequenz. Ich bin froh, dass mein Vater mit 85 Jahren gerade gesagt hat, er habe zwei Impftermine. Das ist gut. Der ist also safe. Wäre er aber nur 83 oder 82, müsste er sich jetzt Gedanken machen, dass er seine Impfung nicht bekommt, weil dann möglicherweise die Lehrer drankommen sollen.

(Zuruf)

- Dann nehmen wir 79, Heiner, aber es ist ja egal. Menschen, die sich Hoffnungen machen. Irgendjemand wird dann ja dran glauben müssen und eben nicht so schnell geimpft werden. Das fände ich nicht richtig, zumal, wenn man sich das Papier genau anschaut. Schauen Sie einmal in Punkt 8 rein, da steht drin: Der Bund will etwaige Verzögerungen vom Impflieferungen weiterhin unmittelbar an die Länder kommunizieren. - Wie schön ist das denn? Der Bund sagt schon: Wir kriegen es ohnehin nicht geregelt, aber wir werden es dann erzählen. - Das ist doch irre.

(Zuruf Denny Bornhöft [FDP])

Das kann man doch nicht unterschreiben, meine Damen und Herren. Da kann man doch nicht sagen: Das finde ich gut, das trage ich mit. - Das ist nicht in Ordnung, das ist irre. Denen muss man ein bisschen Zunder geben und sagen: Leute, da muss eigentlich drinstehen, dass sie uns regelmäßig darüber informieren, wie viel mehr Impfstoff der Bund für die Länder besorgt hat. Dann würde ich sagen, dann könnte ich auch unterschreiben.

Wir nehmen einen weiteren Punkt: Bei Punkt 9 steht auch etwas Süßes drin: Bund und Länder halten an dem Ziel fest, bis Ende des Sommers allen ein Impfangebot zu machen. - Diejenigen, die regelmäßig fernsehen - das sind ja doch noch einige -, wissen, dass die Bundeskanzlerin am Anfang der Woche zugesagt hat, dass jeder Mensch in der Bundesrepublik Deutschland bis Ende des Sommers - kurz vor der Bundestagswahl - ein Impfangebot bekommt. Und schon drei oder vier Tage später haben wir hier ein Papier, wo genau das nicht mehr drinsteht, sondern eben negiert wird, wo man sagt: Wir haben das Ziel, aber mehr auch nicht.

Der Frau hätte ich aber gesagt: Mensch, du bist aber sehr flexibel in deinen Aussagen. - Die hätte ich festgenagelt, allein schon auf ihre eigenen Aussagen, und da hätte ich auch erwartet, dass man in den Verhandlungen wirklich deutlich macht: Leute, so geht das nicht, wir brauchen mehr Impfungen

und nicht weniger. Schreibt euch da nicht in irgendeiner Art und Weise heraus.

(Beifall SSW)

Wenn wir schon dabei sind, was eigentlich drinstehen sollte, dann doch auch ein herzliches Anliegen meinerseits, weil es sich nicht im Papier findet, und weil ich finde, dass eine politische Botschaft in dem Bereich - wohl wissend, dass es schwierig ist - ganz, ganz wichtig ist. Die Humboldt-Universität Berlin hat zwei Demonstrationen untersucht, die kurz vor Weihnachten 2020 stattgefunden haben. Da haben sich die sogenannten Querdenker getroffen und gegen Corona demonstriert.

(Christopher Vogt [FDP]: Nicht gegen Corona!)

Man hat nun wissenschaftlich ermittelt, dass sich dabei zwischen 16.000 und 21.000 Menschen infiziert haben könnten und dass das dann - vorsichtig geschätzt - zu möglicherweise um die 200 Toten geführt hat. Ich will nicht sagen, Sie sollen sich das auf der Zunge zergehen lassen, weil das zu positiv wäre. Das ist so erschreckend, dass ich einfach auch möchte, dass in dem nächsten Papier am 3. März 2021 irgendwo steht, dass wir uns politisch wünschen, dass gegen solche Demonstrationen entsprechend mit dem Ordnungsrecht vorgegangen wird, dass einfach diese Botschaft nach außen geht. Es kann nicht angehen, dass sich draußen irre Menschen treffen, sich gegenseitig anstecken und Menschen möglicherweise sogar durch diese Art der Demonstration getötet werden. Letztendlich ist es das, meine Damen und Herren.

Ein Letztes. Wir haben die zwei Strategien. Da ist No Covid. Hier gebe ich dem Kollegen Petersdotter recht: Das ist immer sehr einfach gesagt, aber jeder weiß, dass es nicht möglich ist, soziale Kontakte komplett abzustellen, das ist von der Psychologie her nicht richtig. Aber ich glaube, Menschen einfach von der Arbeit abzuhalten, führt irgendwie auch zu nichts. Das können nur Menschen von sich geben, die über ein sicheres Einkommen oder so etwas verfügen. Anders kann ich mir das gar nicht vorstellen.

Aber auch die andere Variante, alles aufzumachen, geht nicht; das wissen wir alle. Wir müssen in irgendeiner Art und Weise eine inzidenzbasierte Regelung haben. Schön wäre natürlich eine Ampel - zumal wenn die Ampel auch wirklich gilt und es nicht heißt: Wir haben Gelb, und wenn wir eine bestimmte Inzidenzanzahl innerhalb der Gelbstufe haben, müssen wir wieder auf Rot schalten. So haben es die Sozialdemokraten in ihrem Antrag vorge-

**(Lars Harms)**

schlagen. Darüber müssen wir noch einmal reden. Es ist einfacher, den Menschen zu vermitteln: Rot heißt Rot, Grün heißt Grün. Dann weiß jeder Bescheid.

Am Anfang habe ich gedacht, dass wir keine Expertenanhörung brauchen, denn wir haben ja unseren Perspektivplan. Nun kommt er doch nicht, nun macht die Expertenanhörung Sinn. Da meine herzliche Bitte: Wir müssen auch die Betroffenen hören. Wissenschaft ist wichtig, und wir müssen sie hören, aber wir müssen auch betroffene Menschen hören. Wenn wir das nicht in der Anhörung, die wir nächsten Freitag durchführen wollen, machen wollen, dann bitte in den Ausschüssen.

(Beifall SSW und Lasse Petersdotter  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Schülerinnen und Schüler sollen im Bildungsausschuss gehört werden, Unternehmer und der normale Arbeitnehmer, den man kennt, sollen im Wirtschaftsausschuss gehört werden, was es für ihn bedeutet, wenn er auf einmal Kurzarbeit hat, was das für seine Familie bedeutet.

Es ist wichtig, dass wir uns ein bisschen aus unserer politischen Blase lösen, ganz normale Menschen einladen und fragen, wie sie mit den Maßnahmen zurechtkommen. Wenn wir darauf hören, können wir den Perspektivplan noch näher an dem ausrichten, was die Menschen wirklich bewegt.

Meine Damen und Herren, wenn wir hier eine Expertenanhörung durchführen und darüber nachdenken, den Perspektivplan der Landesregierung noch weiter auszufeilen, dann muss - muss! - ein solcher Perspektivplan am 3. März 2021 auch durchgesetzt werden. Es geht nicht um einen Öffnungsplan, sondern einen Perspektivplan, damit man weiß, was passiert, wenn es besser oder auch wenn es schlechter wird. Das müssen wir erwarten.

Herr Ministerpräsident, ich erwarte von Ihnen, dass Sie beim nächsten Mal bitte nicht wieder ohne diesen Perspektivplan zurückkommen. Diesen Auftrag gebe ich Ihnen; was andere machen, werden wir sehen. Es kann nicht angehen, dass wir hier drei, vier, fünf, sechs Wochen über Perspektiven für die Bevölkerung reden und ihr dann keine Perspektiven geben. Das geht nicht, damit macht sich Politik unglaubwürdig. - Vielen Dank.

(Beifall SSW)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Für den Zusammenschluss der AfD hat der Abgeordnete Jörg Nobis das Wort.

(Unruhe)

**Jörg Nobis [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Günther! Ihr durchaus ambitionierter Perspektivplan ist gestern am Betonkopf der Bundeskanzlerin gescheitert. Das war natürlich absehbar. Mit ihrer Bunkermentalität hat die Kanzlerin alle größeren Lockerungsschritte und zeitnahen Perspektiven erfolgreich vom Tisch gewischt. Sie nimmt dabei völlig empathiefrei in Kauf, dass Teile der Gesellschaft Schaden nehmen. Es lässt sie völlig kalt, dass nach einer gestern vorgestellten Studie des UKE fast jedes dritte Kind unter psychischen Auffälligkeiten leidet, dass verstärkt Sorgen, Ängste sowie depressive Symptome und psychosomatische Beschwerden zu beobachten sind. Erneut sind vor allem Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Haushalten betroffen.

Es interessiert sie auch nicht, dass immer mehr Unternehmer und Gastronomen, Einzelhändler, Fahrer bis hin zu vielen Soloselbstständigen mit jedem weiteren Tag Lockdown stärker um ihre wirtschaftliche Existenz, um ihre Altersversorgung und mithin ihr gesamtes Lebenswerk fürchten. Diese Menschen stehen vor dem Nichts.

Herr Ministerpräsident, für diese Gruppen haben auch Sie ausschließlich Durchhalteparolen parat. Schlimmer noch, nachdem Sie monatelang als Zielwert für Öffnungen die Zahl 50 ausgegeben haben, wurde dieser Wert jetzt mit einem Handstreich auf 35 herabgesetzt; eine wissenschaftliche Basis dafür: Fehlanzeige, reine Willkür!

Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren, Sie verspielen das letzte Vertrauen in die Politik. Bislang war eine Inzidenz von 35 lediglich die orangefarbene Warnschwelle, jetzt darf das öffentliche Leben vor dem flächendeckenden Erreichen dieses Wertes nicht wieder starten - ein Unding, wie ich finde.

Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, dass die Friseure am 1. März 2021 wieder öffnen dürfen. Warum eigentlich nur die Friseure? Warum erst am 1. März und nicht etwa nächste Woche oder zumindest am 22. Februar?

(Unruhe)

Die Werte in weiten Teilen des Landes sind so, dass Lockerungen längst fällig sind, zumindest regional.

Wir begrüßen die Öffnung der Grundschulen im Regelbetrieb, zumindest in den Kreisen mit entsprechender Inzidenz. Auch das ist längst überfällig.

(Jörg Nobis)

Auf einmal ist genau das möglich, was wir als AfD schon seit April letzten Jahres fordern: auf das regionale Infektionsgeschehen abgestimmte Maßnahmen, zumindest dem Ansatz nach. Nach wie vor bleibt völlig unberücksichtigt, dass ein Coronaausbruch in einem Schlachthof noch lange keinen Einfluss auf den Schulbetrieb haben muss. Doch warum dürfen die Klassen 5 und 6 nicht zur Schule?

(Zuruf Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Das hatten Sie doch angedeutet. Warum machen Sie das jetzt nicht?

Herr Günther, immer wieder sprechen Sie davon, dass neben der Inzidenz auch andere Parameter wie beispielsweise der R-Wert oder die Auslastung der Intensivbetten zur Bewertung herangezogen werden sollen. Nur leider sehen wir im konkreten Regierungshandeln davon nichts. Am Ende stellen Sie doch immer alles auf den Inzidenzwert ab.

(Anhaltende Unruhe)

Dabei kann der Inzidenzwert nicht der einzige Parameter sein. Warum den Einzelhandel geschlossen halten, weil irgendwo im Land - sehr lokal begrenzt - ein Ausbruch stattfindet? Unsere Kleine Anfrage meines Kollegen Schaffer hat klar gezeigt, dass es keinerlei Indizien dafür gibt, dass der Einzelhandel ein Treiber der Pandemie war, ganz im Gegenteil.

(Zuruf Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Es scheint ganz offensichtlich so zu sein, dass die Hygienekonzepte des Handels gewirkt haben; die allermeisten Infektionen gehen auf das private oder berufliche Umfeld und Pflegeheime zurück. Mit anderen Worten: Es ist nicht sehr wahrscheinlich, sich beim Einkaufen im Supermarkt anzustecken, wenn man sich an die Regeln hält. Was für Supermärkte gilt, gilt in gleicher Form für alle anderen Einzelhandelsunternehmen. Kurzum: Es gibt keinen wissenschaftlich erwiesenen Grund dafür, den Handel weiter geschlossen zu halten.

(Beifall Claus Schaffer [AfD])

Herr Günther, ich fordere Sie erneut auf: Öffnen Sie den Handel! Der Handel steht mit dem Rücken zur Wand, vielen steht das Wasser wirklich bis zum Hals.

(Beifall Claus Schaffer [AfD])

Frau Merkel blendet alles andere aus und fokussiert sich ausschließlich auf niedrige Inzidenzwerte. Sie scheint ausschließlich Berater vom Schlag eines Herrn Lauterbach zu haben und alle anderen Stimmen gar nicht mehr wahrzunehmen. Eine vernünftige

Abwägung dessen, was Maßnahmen bringen und was sie an anderer Stelle kosten, findet derzeit nicht statt. Wie sonst ist es zu erklären, dass Sie Appelle wie von der Sportministerkonferenz ignorieren und weiter pauschal jeglichen organisierten Amateur- und Freizeitsport verbieten?

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Wie sonst ist es zu erklären, dass Sie die Hilferufe der Eltern ignorieren, dass Sie die Händler und Dienstleister ignorieren, die mittlerweile regelmäßig vor diesem Haus demonstrieren und auf ihre prekäre Lage aufmerksam machen?

Die Erklärung liegt auf der Hand: Die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidentenkonferenz haben sich verrannt, sie haben den falschen Weg eingeschlagen und sind jetzt nicht in der Lage, ihren Fehler einzugestehen. Herr Günther, Sie haben zwar eingesehen, dass es so nicht weitergeht, aber Sie haben nicht den Mut zu sagen: Diese Politik ist nicht die richtige für Schleswig-Holstein, deshalb trage ich diese Beschlüsse nicht mit.

Sie haben am 26. Januar 2021 in Ihrem Stufenplan die Devise ausgegeben: klare Perspektive ohne feste Termine. Das ist nicht ganz unvernünftig, aber bis zum heutigen Tag fehlt eine solche klare Perspektive.

Es ist deshalb an der Zeit, diesen Irrweg zu verlassen und den ewigen Endlos-Lockdown zu beenden. Wir als AfD sind in diesem Land die einzige politische Kraft, die ganz klar sagt: Die Einschränkungen von Freiheitsrechten müssen begründet werden, nicht die Aufhebung von Einschränkungen.

Beenden Sie den Lockdown in Schleswig-Holstein, zumindest in den Kreisen, die eine sehr niedrige Inzidenz aufweisen! Wir liegen in Plön bei 18 oder so. Stimmen Sie die Maßnahmen auf das lokale Infektionsgeschehen ab! - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Das Wort hat der fraktionslose Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

**Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Derzeit dürfte es keinen Politiker geben, der nicht mantrahaft wiederholt, dass sich die ersten Öffnungsschritte unbedingt auf Schule und Kitas beziehen müssten. Gut daran ist, dass Kinder und Jugendliche wieder in den Fokus geraten,



**(Dr. Frank Brodehl)**

schlecht daran ist, dass es sich immer wieder um reine Lippenbekenntnisse handelt, denn immer dann, wenn über Coronalockerungen gesprochen wird, kommt der Halbsatz - das ist so sicher wie das Amen in der Kirche -: „wenn die Inzidenzen es denn zulassen“.

Deutschland verfolgt also weiter eine Politik, deren vorrangiges Ziel es ist, jede einzelne Neuinfektion zu verhindern - weshalb genau dieser Ansatz in eine Sackgasse geführt hat. Dass er zu irreparablen Kollateralschäden geführt hat, gerade bei Kindern und Jugendlichen - darauf komme ich gleich noch -, bleibt weiter ausgeblendet. Abgesehen davon, dass es bei dem gestrigen Kanzler- und Ländercheftreff eine neue Zahl gab - 35 -, geht es also genauso weiter wie im Oktober, November, Dezember und Januar: Einerseits werden Lockerungen in Aussicht gestellt, andererseits wird gleichzeitig mit noch strengeren Maßnahmen gedroht. The same procedure as every year - in Deutschland mittlerweile im Dreiwochenrhythmus. Hauptsache, wir bleiben im Ungefähr.

Es ist deshalb überhaupt nicht verwunderlich, dass ein immer größer werdender Teil der Bevölkerung die Lockdown-Maßnahmen allenfalls stumpf zur Kenntnis nimmt. Nach außen hin äußert man zwar keine Kritik, aber im Privaten trifft man sich dann eben doch mit Freunden, man verweist, man geht Rodeln, man lässt sich schwarz die Haare schneiden, kurz: Man trägt die Maske unter der Nase und richtet sich auf ein Doppelleben ein. Aus der Diskussion aber, welche Maßnahmen nun wirklich richtig und verhältnismäßig sind, hat man sich längst ausgeklinkt, und zwar nicht aus Ignoranz, sondern aus drei ganz handfesten Gründen:

Erstens. Der Lockdown funktioniert im wirklichen Leben schlichtweg nicht. Er ist schlicht unmenschlich.

Zweitens möchte man nichts Falsches sagen und schweigt lieber, als in die Coronaleugnerecke gestellt zu werden.

Drittens ist man schlicht verunsichert, weil in der Politik immer wieder widersprüchlich argumentiert wird und/oder gezielt auf Angstmacherei gesetzt wird.

Man ist also still und geht, auch wenn es einem widersprüchlich erscheint, weiter zur Arbeit - ganz anders als die Kinder und Jugendlichen. Deren Arbeitsplätze wurden nämlich geschlossen. Noch mehr: keine Vereine mehr, keine Sportwettkämpfe mehr, keine Partys, keine Ausflüge, nicht einmal mehr Stillgruppen für Neugeborene. Dabei ist uns

allen klar: Sozialkontakte innerhalb der Peergroup sind gerade für die Heranwachsenden überlebenswichtig. Sie lassen sich nicht digital ersetzen, und sie lassen sich auch nicht beliebig nachholen.

Wenn der Regierende Bürgermeister von Berlin in der gestrigen Pressekonferenz allen Ernstes sagte, dass sich bei Kindern und Jugendlichen bisher keine negativen Folgen ausmachen ließen, verkennt er die Realität vollkommen. Die psychischen Folgen der Coronamaßnahmen, die seelischen Belastungen, die körperlichen Belastungen sind unter Psychologen unumstritten. Man muss auch kein Pädagoge sein, um zu wissen, dass nach den Coronamaßnahmen nicht einfach ein Schalter umgelegt werden kann, als sei nichts passiert. Die mittel- und langfristigen Folgen sind noch gar nicht abzusehen.

Eines ist aber jetzt schon traurige Realität. Die Plätze in den Jugend- und Kinderpsychologien sind coronabedingt deutlich mehr ausgelastet als die Intensivstationen in unseren Krankenhäusern.

Wenn wir aber wissen, wie wichtig Schule, Freunde, Sport für eine gesunde Entwicklung sind, dann darf es eben nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben. Dann müssen das Wohl und die Würde von Kindern und Jugendlichen unbedingt an erster Stelle stehen. Öffnen Sie deshalb die Schulen, die Kitas, die Jugendtreffs, die Sportvereine wieder - nicht irgendwann und nicht nur für einen Teil der Schüler und nicht nur scheinbar, sondern am kommenden Montag für alle Schüler.

Schaffen Sie bei all dem die Rahmenbedingungen dafür, dass wieder die Eigenverantwortung der Bürger im Mittelpunkt steht, anstatt so zu tun, als müsse der Staat eine quasi allumfassende Vorsorge und Risikofreiheit garantieren.

Ein erster Schritt dazu wäre, allen Erziehern und Lehrern das zu ermöglichen, was diesem Haus, was jedem einzelnen von Ihnen seit Monaten möglich ist: eine regelmäßige Testung, wenn man das denn möchte. - Ich glaube, das ist ein erster wichtiger und konkreter Schritt hin zu einer Normalität, die möglichst schnell kommt. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Wenn von den Restredezeiten der Fraktionen kein Gebrauch gemacht werden soll, dann kommen wir jetzt zu den Kurzbeiträgen. Das Wort hat die Abgeordnete Serpil Midyatli.

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, ich frage mich, wie das so gewesen sein soll, als ich die MPK mit meiner Pressemitteilung gecrasht habe. Saßen Sie dann da und haben gesagt: „Mist, jetzt kriege ich meinen Perspektivplan hier nicht mehr durchgesetzt, weil die Landesvorsitzende der SPD eine Pressemitteilung herausgegeben hat“? Wie soll ich diesen Einwand verstehen?

Gucken wir uns den Perspektivplan einmal an, den Sie hier vorgestellt haben. Ganz ehrlich, es ist wahnsinnig wenig davon übriggeblieben, Herr Ministerpräsident. Das müssen Sie sich hier tatsächlich anhören.

(Beifall SPD)

Was die Kontaktregeln angeht, fallen Sie dahinter zurück. Was den Einzelhandel angeht, fallen Sie dahinter zurück. Ja, Sie haben gesagt: „Klasse 1 bis 6“, und ja, Sie haben gesagt, wie das vonstattengehen soll.

Das Einzige, was ich gesagt habe, war, dass ich davon ausgehe und davon überzeugt bin - auch aufgrund der Mutationen; darauf gehe ich gleich noch etwas ein -, dass jetzt nicht die Zeit für große Lockerungen ist. Das galt für den Februar.

Sie feiern sich hier allen Ernstes dafür, dass Sie hier im Land die Krippen, Kitas und Grundschulen eine Woche vorher öffnen. Am 22. Februar 2021 geht es los. Ich habe von „bis Anfang März“ gesprochen. Das ist das, wofür Sie sich feiern lassen! Denn man to!

Letztlich sind es hier aber nur gesprochene Worte. Wir werden feststellen, Frau Bildungsministerin, wie das ab dem 22. Februar in den Schulen funktioniert. Sind denn ausreichend Masken da? Sind ausreichend Möglichkeiten vorhanden? Werden die Testungen in den Schulen am 22. Februar losgehen?

Ganz ehrlich: Bei diesen Temperaturen darauf zu hoffen, dass man das Ganze mit ein bisschen Lüften und Abstandsregelungen in den Griff bekommt - ich glaube das tatsächlich nicht. Das sorgt für Unruhe in diesem Land. Die Menschen haben etwas anderes erwartet.

Ich habe für heute Abend zu einem Innenstadtgipfel eingeladen - mit den Einzelhändlerinnen und Einzelhändlern, mit den Fachexpertinnen und Fachexperten -, um zu gucken, wie wir die Innenstädte gemeinsam voranbringen wollen. Das ist unser gemeinsames Ziel. Was glauben Sie, auf welche Frage

ich als Erstes antworten werden muss? - Frau Midyatli, wo kommt die 35er-Inzidenz für den Einzelhandel her?

Herr Buchholz, ich gehe fest davon aus, dass das die Anrufe, die Mails und die Schreiben sind, die Sie gerade in Ihrem Ministerium bekommen.

Das meinen wir, wenn wir über Kommunikation reden. Es wird vom Perspektivplan abgewichen. Das ist sehr klar und deutlich herausgekommen. Das ist das, was wir kommunizieren müssen.

Mein Kollege Petersdotter ist sehr gut auf die 35er-Inzidenz eingegangen. Wir fahren die gesamte Zeit in dieser Pandemie auf Sicht und gucken, wie es mit den Mutationen ist. Wir sind auch nicht am Ende der Mutationen. Heiner Garg wird sich auch mit den Experten auseinandergesetzt haben. Wir haben leider die Situation - die vorher nicht da war -, dass sich die Mutationen viel schneller ausbreiten, und vor allem, dass Kinder und Jugendliche betroffen sind.

Jedes Mal, wenn ich versuche, Ergebnisse von Expertinnen und Experten einzuholen, um zu erfahren, wie es bei den Kindern und Jugendlichen aussieht, höre ich: Wir fahren hier auf Sicht. So richtige Daten und Zahlen haben wir nicht. - Aber es stimmt doch, was der Kollege Petersdotter gesagt hat, nämlich dass die Coronainzidenz bei Erzieherinnen und Erziehern viel höher ist als bei den Pflegekräften. Darauf müssen wir doch Rücksicht nehmen. Ich erwarte das.

Meine Fraktion hat immer gesagt: Kitas, Krippen und Grundschulen immer zuerst öffnen. Immer! Ich bin teilweise die Einzige - sogar im Bundesgebiet - gewesen, die sich hier für die Familien und Kinder eingesetzt hat, während andere mich noch ausgelacht haben.

(Zurufe CDU)

Sich jetzt hier hinzustellen und einen Widerspruch herzustellen, finde ich wirklich erbärmlich.

(Beifall SPD)

Wir sind in dieser Pandemie in einer sehr kritischen Phase.

(Zurufe)

Glauben Sie mir: Wenn die drei regierungstragenden Fraktionen einschließlich des Ministerpräsidenten dieses Landes in dieser schwierigen Situation die Hälfte ihrer Redezeit darauf verwenden, sich mit der SPD auseinanderzusetzen statt mit den Problemen in diesem Land, dann ist das hier tatsäch-



(Serpil Midyatli)

lich erbärmlich, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Frau Abgeordnete!

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Eigentlich müsste ich mich ja dafür bedanken, dass dadurch meine Popularität in diesem Land steigt. Aber darum geht es nicht. Es geht hier nicht um die CDU oder die SPD. Ich sage es noch einmal: Wenn wir es nicht gemeinsam schaffen, die Beschränkungen vernünftig zu kommunizieren,

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

dann werden wir den Wettlauf zwischen Mutationen und Impfung verlieren. Das ist doch genau der Wettlauf, den wir haben. Wir müssen weiter appellieren. Es sind zum größten Teil Appelle auf freiwilliger Basis, nämlich daran, dass sich die Bürgerinnen und Bürger weiterhin an die Kontaktbeschränkungen halten müssen, damit das Infektionsgeschehen weiter nach unten geht.

Ganz ehrlich, ich wünsche mir, dass wir nicht in zwei Wochen wieder alles dichtmachen müssen, weil das Prinzip Hoffnung nicht funktioniert hat. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind in einer sehr schwierigen Situation in dieser Pandemie, weil niemand damit gerechnet hat, dass diese erstens so lange dauert, dass wir zweitens nicht genügend Impfstoff haben werden und vor allem drittens, dass die Mutationen tatsächlich so gefährlich sind.

Von daher: Wir sind uns unserer Verantwortung in dieser Krise bewusst. Wir tragen auch konstruktiv bei. Ganz ehrlich: Wenn es Missverständnisse gibt und wenn Sie Erwartungen in diesem Land geweckt haben, dann sage ich: Diese Erwartungen haben Sie nicht erfüllen können. Ganz im Gegenteil, Sie sind auf Ihren Perspektivplan eingegangen, um dann tatsächlich Punkt für Punkt zu sagen, wo Sie von diesem Plan abweichen.

Das müssen Sie natürlich kommunizieren. Dafür gibt es gute Kommunikationsgründe und auch Wege. Ich habe die Inzidenzwerte erwähnt. Es muss aber doch nicht nur bei mir, bei der Landesvorsitzenden der SPD, ankommen, sondern es muss bei der Bevölkerung ankommen, damit wir alle gemeinsam diesen Weg weitergehen können. Wir bleiben dabei: Wir tragen weiter Verantwortung für dieses Land, und wir sind weiter daran orientiert. Wir

werden uns weiter an den Lösungen beteiligen. Wir sind übrigens die Ersten gewesen, die „testen, testen, testen“ gefordert haben.

(Zurufe)

Noch im November hat die Bildungsministerin gesagt, sie wird das nicht machen, denn das ist viel zu teuer. Wir werden uns weiter an den konstruktiven Lösungen beteiligen. Da können Sie sich auf die Landes-SPD und auch auf die SPD-Landtagsfraktion verlassen.

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Tobias von Pein.

**Tobias von Pein [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Ich möchte meinen Fokus auf eine ganz besondere Gruppe richten. Das ist auch ein Punkt unseres SPD-Antrags, der Ihnen heute vorliegt. Man sagt immer: Kinder sind unsere Zukunft. - Doch in den letzten Monaten haben wir sie oftmals aus dem Blick verloren. Die angespannte Lage des letzten Jahres macht viele Kinder und Jugendliche krank. Das wissen wir. Sie hatten in dieser Krise bisher keine wirklich starke Lobby. Das müssen wir uns eingestehen und, wir müssen es ändern.

Es ist gesagt worden, das könnte ein verlorenes Jahr sein oder werden. Ich glaube, es ist schon ein verlorenes Jahr. Ich glaube, wir brauchen eine Kinder- und Jugendstrategie, und zwar jetzt. Die Lage ist ernst. Fachleute schlagen Alarm. Kinder- und Jugendpsychologen sowie Ärzte und Pädagogen sehen einen deutlichen Anstieg an psychischen Belastungen bei Kindern und Jugendlichen in allen Altersstufen. Diese können bis hin zu massiven Störungen und Beeinträchtigungen reichen. Fast jedes dritte Kind zeigt ein knappes Jahr nach Beginn der Coronapandemie in Deutschland psychische Auffälligkeiten. Das ist das Ergebnis der zweiten Befragung der sogenannten Copsy-Studie vom UKE Hamburg, die gerade gestern veröffentlicht worden ist.

Viele Eltern schlagen Alarm. Auch ich gehöre zu den sogenannten Coronealtern. Ich kann es einfach einmal aussprechen: Wir können schlicht nicht mehr, wir sind auf. - Das geht vielen Eltern in diesem Land so. Kleinkinder zeigen vermehrt Trennungsängste, bei Schulkindern gibt es eine Häufung

(Tobias von Pein)

von Schülern, und unter Jugendlichen steigt das Risiko an missbräuchlicher Mediennutzung, Essstörungen, Drogenkonsum und so weiter.

Ich sage es einmal so: Das sozialpolitische Dilemma dabei ist, dass wir dafür irgendwann ein sozialpolitisches Rettungspaket brauchen und dass wir nach der Pandemie für all das teuer bezahlen müssen.

(Unruhe - Glocke Präsidentin)

Bei dieser problematischen Entwicklung spielt auch das Wegbrechen von Kinder- und Jugendarbeit eine Rolle. Wir haben viel über Schule und Kitas gesprochen und dass diese an erster Stelle stehen. Das ist auch richtig so. Aber lassen Sie uns auch einmal über die anderen Angebote reden. Die Lebensrealität von Kindern und Jugendlichen ist ja etwas breiter. Beispiele sind Angebote der Jugendhilfe, Kinder- und Musikgruppen, Sportmannschaften, Kinder- und Jugendfreizeiten, Jugendtreffs, Pfadfindergruppen, Landjugend und so weiter. Kinder und Jugendliche brauchen vor allem Gleichaltrige, um sich entwickeln zu können. Sie brauchen Freiräume, sie brauchen Selbstwirksamkeit und Selbstbehauptung.

Das Leben spielt sich eben nicht nur in der Schule ab. In der Schule wird durch Bildung auf den Arbeitsmarkt vorbereitet. Das ist richtig, das ist ja auch wichtig. Aber es bedeutet letztendlich für viele Kinder und Jugendliche auch Leistung und Zwang. Die Sorgen sind jetzt groß: Schaffe ich meinen Abschluss? Schaffe ich die Versetzung? - Wir hören, dass an manchen Schulen Eltern schon Sturm dagegen laufen, und das ist etwas, was wir an anderer Stelle schon diskutieren. Das wissen wir, das machen wir auch, das ist auch richtig so. Aber da geht richtig etwas verloren, und das ist nicht gut. Wir werden darüber an anderer Stelle noch breiter diskutieren.

Meine Redezeit läuft langsam ab, daher noch drei Punkte, die wir brauchen und die ich gern nennen würde: Wir brauchen eine stärkere Unterstützung der Jugendeinrichtungen, und zwar personell, technisch, methodisch und hygienisch. Die Hygienekonzepte für Öffnungsstrategien in der Kinder- und Jugendarbeit könnte man auch parallel zu denen der Schule erarbeiten. Hier können wir mit Testungen und so weiter arbeiten. Wir brauchen eine verlässliche Kommunikation für Träger der Jugendarbeit. Das Ehrenamt braucht nämlich Vorlaufzeit, das wissen wir alle. Wir loben die Ehrenamtler immer gern, aber wir sollten an dieser Stelle auf sie hören. Das, was ganz wichtig ist, ist: Lassen Sie uns an

dieser Stelle auf die Expertinnen und Experten hören - die Kinderlobby, die Jugendverbände, aber eben auch die Kinder und Jugendlichen selbst. Das ist mein Appell für die nächsten Wochen. Wenn Kinder unsere Zukunft sind, dann müssen wir dies an dieser Stelle ernst nehmen.

(Beifall SPD und vereinzelt SSW)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Claus Schaffer.

**Claus Schaffer [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist wie immer in dieser Coronapandemie: Die Presse berichtet von den Ergebnissen der Ministerpräsidentenkonferenz, der Landtag bekommt dann am Tag danach - spätestens einige Tage später - das Ganze präsentiert und darf dann abnicken oder beklatschen, je nach eigenem Gusto. Geändert hat sich praktisch nichts, auch nicht nachdem Verfassungsrechtler hier sehr deutlich erklärten, dass parlamentarische Verantwortung anders aussieht und dass derart weitreichende Einschränkungen von Grund- und Freiheitsrechten von Parlamenten zu entscheiden sind.

(Zurufe)

- Ja, ich weiß, das habe ich hier schon einmal erklärt. Als ausgebildeter Trainer weiß ich, dass Dinge wiederholt werden müssen, wenn sie nicht sitzen. Also werden Sie sich das so lange vorwerfen lassen müssen, solange Sie diese parlamentarische Verantwortung eben nicht mit Leben füllen.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Was Sie sich auch anhören müssen, ist der Vorwurf, dass Ihre Maßnahmen weder den wissenschaftlichen noch Ihren eigenen Erkenntnissen folgen. Sie wissen, dass der PCR-Test eine eingeschränkte Aussagekraft hat, weil dieser eben nur Indizien geben kann, die weitere Tests erfordern. Nur dann kann man belastbare Aussagen zu Erkrankungsprognose oder Infektiosität treffen.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Herr Habersaat, schauen Sie doch einfach in die Literatur. Dann lernen auch Sie noch etwas.

Diese Fakten aber brauchen Sie, wenn Sie eine Gefahr daraus ableiten und Grundrechte einschränken wollen.

(Claus Schaffer)

Sie wissen auch, dass bisherige Testungen und Ergebnisse zwar in Inzidenzwerte umgerechnet werden können, dass die Art der Erhebung aber nicht statistischen Anforderungen genügt. Gerade heute stand das wieder in der Presse. Das bedeutet, dass diese Ergebnisse keine hinreichende Aussagekraft zur Infektionsausbreitung haben. Die Inzidenzwerte sind an sich bereits ungeeignet, um zum Beispiel auf lokale Ereignisse zu reagieren. Sie werden durch nicht repräsentative Testungen auch nicht besser.

Sie erinnern sich vielleicht auch daran, dass wir von der AfD bereits zu Beginn der Pandemie und seitdem auch immer wieder aussagekräftige Tests und Untersuchungen der gesamten Coronageschichte gefordert haben, um eben genau das zu schaffen, was hier seit einem Jahr in unserem Land fehlt: evidenzbasiertes Regierungshandeln in der Coronakrise.

(Beifall AfD)

Und Sie wissen noch etwas: Sie kennen in einem repräsentativen Auszug aus der Gesamtlage die Herkunft der Infektionen. Sie haben sehr konkrete Hinweise darauf, welche sozialen und beruflichen Bedingungen Infektionen begünstigen und welche eben nicht. Also handeln Sie doch bitte danach. Beenden Sie jetzt den Lockdown nicht nur für die Friseur, sondern auch für den Einzelhandel, für Dienstleister, für Sport-, Freizeit-, Fitnessstudios, Fahrschulen, Veranstalter, Kultur und natürlich die Gastronomie; denn sie alle sind zu keinem Zeitpunkt der Pandemietreiber gewesen, als der sie in der Öffentlichkeit dargestellt wurden. Schützen Sie stattdessen die vulnerablen Gruppen und geben Sie unserer Wirtschaft endlich wieder die Luft zum Atmen, die sie braucht. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Birte Pauls.

**Birte Pauls [SPD]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil ich finde, dass ein Thema hier komplett untergegangen ist. In der vergangenen Woche konnte man im „Schleswig-Holstein Magazin“ die Geschichte von Boostedt verfolgen. In einer Einrichtung gab es Infektionen. Die Einrichtungsleitung hat sich dann sehr intensiv bemüht, was sie schon

seit Anfang der Pandemie macht - ich finde, das ist herausragend -, die Masken, die ihr geliefert werden, labortechnisch zu untersuchen. Allein, dass Einrichtungen so etwas machen müssen, ist - gelinde gesagt - eine Zumutung.

Ein richtiger Skandal aber ist, dass von staatlicher Seite Einrichtungen mit fehlerhaften Masken beliefert werden. Das kann schlichtweg nicht angehen. Die Pflegenden arbeiten sowieso schon am absoluten Limit, und dann werden ihnen noch solche fehlerhaften Masken geliefert. Sie sind das ganze Jahr über bemüht gewesen, keine Infektionen in ihre Einrichtung zu tragen, und zwar nicht nur in Boostedt, sondern im ganzen Land, in der gesamten Republik. Dann werden ihnen von staatlicher Seite fehlerhafte Masken geliefert, womit ihnen quasi signalisiert wird: Es ist egal, was du machst. - Ich halte das für einen absoluten Skandal.

Tragisch daran ist, dass es die Landesregierung augenscheinlich nicht interessiert. Denn was ist seitdem passiert?

(Christopher Vogt: Ja!)

Es gibt eine kleine Notiz auf der Homepage mit dem Hinweis auf eine fehlerhafte Maske. Andere Bundesländer machen es vor. Baden-Württemberg hat alle Einrichtungen angeschrieben und ihnen im Zusammenhang mit einer Produktbeschreibung mitgeteilt, dass es 13 fehlerhafte Masken gibt. Nachdem der Verdacht geäußert worden ist, dass fehlerhafte Masken im Umlauf sind, hat das Land dafür gesorgt, dass alle Lagerbestände kontrolliert werden.

Hier im Land passiert jedoch nichts. Es gibt lediglich eine Notiz auf der Homepage und kein Anschreiben an die Einrichtungen. Mittlerweile wissen wir, dass nicht nur die Pflege S.H., sondern auch andere Träger mit fehlerhaften Masken beliefert worden sind. Ich finde es skandalös, dass man sich an der Stelle nach wie vor nicht kümmert. Wenn wir hier immer von Wertschätzung von Pflege reden, dann sollten wir das ernst nehmen und den Betroffenen mit einer solchen Aktion nicht noch gegen das Schienbein treten. Hier muss das Land seiner Fürsorgepflicht gerecht werden und sagen, dass das, was hier verteilt wird, auch wenn es von Bundesseite gekommen ist, kontrolliert wird. Das muss jetzt gemacht werden.

Was die Testungen angeht, so finde ich das total gut. Das finde ich schon deshalb gut, weil wir es im Juni letzten Jahres selber beantragt haben. Das ist damals in Bausch und Bogen von Ihnen abgelehnt worden, gerade was die Pflege betrifft. Einen Monat nach den Standing Ovationen hier haben Sie das

(Birte Pauls)

komplett abgelehnt - mit dem Argument, das sei alles viel zu teuer. Alles viel zu teuer, wer soll das bezahlen?

Gut sieben Monate später - man kann ja dazulernen; das kann ich alles nachvollziehen - sollen nun in einigen Tagen die Schulen und die Kitas öffnen. Es braucht ein Konzept. Die Altenheime, die Pflegeheime haben Mühe, Personal zu finden, um die vorgeschriebenen Testungen durchzuführen. Das hakt hinten und vorne. Das ist ein echtes Problem für die Pflegeheime. Wer soll das denn in den Kitas machen? Wer soll das denn in den Schulen machen? Sollen die Lehrer sich da gegenseitig in der Nase bohren? Wer soll das machen? Wann soll das geschehen und wie oft? Hier fehlt es komplett an einem Konzept. Ich finde, an dieser Stelle ist die Landesregierung tatsächlich ein bisschen planlos. - Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD und Christian Dirschauer [SSW])

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich musste noch einmal hierherkommen, weil Tobias von Pein etwas über Kinder und Jugendliche gesagt hat. Im Rahmen der Expertenanhörung, die wir nächsten Freitag durchführen wollen, sollen nur Experten angehört werden. Aber wir hören keine Experten an, die 3 Jahre, 10 Jahre, 15 Jahre oder 17 Jahre alt sind.

(Zuruf Regina Poersch [SPD])

- Ich habe auch guten Kontakt zu anderen. Deshalb war unser Vorschlag, dass wir auch junge Menschen anhören. Gott sei Dank ist etwas durchgedrungen und hat hoffentlich auch seinen Platz gefunden, nämlich der Junge Rat aus Kiel.

Deshalb freue ich mich umso mehr, dass ich einen Antrag eingereicht habe, damit wir uns im Bildungsausschuss darüber unterhalten, wie wir eine Expertenanhörung im Bildungsausschuss - das Gleiche gilt auch für den Sozialausschuss - ausgestalten können; denn zu den Verlierern in dieser Krise gehört nicht nur die Wirtschaft, sondern das sind die Kinder und Jugendlichen, die Kinder, die nur eine Kindheit haben, und die Jugendlichen, die nur eine Jugend haben. Um die müssen wir uns jetzt kümmern.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei den ganzen Diskussionen gibt es auch keinen Raum für Kinder und Jugendliche mit Handicaps. Wann werden die gehört? Wer nimmt sie mit? Offene Kinder- und Jugendarbeit ist eine ganz wichtige Sache, damit die Kinder einfach einmal rauskommen. Wir Parlamentarier treffen uns mittlerweile fast im 14-tägigen Rhythmus und können uns miteinander austauschen. Aber was ist mit den Kindern, bei denen man davon ausgehen muss, dass sie auch einmal einen neutralen Erwachsenen treffen müssen und auch andere Kinder in ihrem Alter, damit sie sich austauschen können?

Wichtig ist auch, dass sie eine warme Mittagsmahlzeit kriegen. Über Kinderarmut haben wir hier heute wieder nicht gesprochen. Wir brauchen eine Lobby für die Jüngsten.

Das Schuljahr 20/21 - ja, es ist ein Schuljahr, und es wird hoffentlich vergleichbare Abschlüsse geben. Viel wichtiger aber ist, dass die Kinder und Jugendlichen, wenn sie wieder in die Schule kommen können, wieder zusammen sind und sich etwas erzählen können. Das ist genau das, was sie machen wollen. Sie wollen sich miteinander austauschen. Sie wollen natürlich auch fachlich noch besser werden. Aber diese Kombination müssen wir endlich hinbekommen!

Psychisch Kranke dürfen sich im Moment nicht in Selbsthilfegruppen treffen. Das geht so nicht mehr. Deren Probleme und Krankheit werden dadurch deutlich verstärkt, dass sie sich nicht mehr treffen können.

Ich wollte damit nur sagen: Schaffen wir endlich mal eine Lobby für Kinder und Jugendliche in Schleswig-Holstein, damit wir sie bei den weiteren Planungen für die Öffnung der Gesellschaft mitnehmen können.

(Beifall SSW und SPD)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Für die Landesregierung hat der Minister für Soziales, Jugend, Senioren und Gesundheit, Dr. Heiner Garg, das Wort.

**Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Mir ist es ein Bedürfnis, nach dem Beitrag der Abgeordneten Pauls deutlich zu machen - auch für das Protokoll -, dass



(Minister Dr. Heiner Garg)

die Einrichtungen mitnichten nicht informiert worden sind, sondern dass die Aufsichten und Träger mit der Bitte angeschrieben worden sind, ihre Einrichtungen zu informieren. Es ist nicht bei einer lapidaren Information auf der Homepage des Ministeriums geblieben.

(Beifall FDP und CDU)

Es ist mir nach dem Vorwurf, der da mitgeklungen ist, noch einmal ein Bedürfnis, das auch für die schleswig-holsteinische Öffentlichkeit klarzustellen.

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung der Frau Abgeordneten Birte Pauls?

**Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:**

Ja, selbstverständlich.

**Birte Pauls [SPD]:** Herr Minister, mir liegen zwei Meldungen von großen Einrichtungen in Schleswig-Holstein vor, die mir deutlich gesagt haben, dass sie nicht angeschrieben worden seien. Ich meinte jetzt nicht einzelne Einrichtungen, sondern Träger. Davon gehe ich dann schlichtweg aus. Das war meine Grundlage.

- Frau Abgeordnete Pauls, das bedaure ich dann. Ich biete Ihnen abermals an - das habe ich Ihnen bereits verschiedentlich angeboten -, wenn Sie solche Probleme haben, solche Einzelprobleme, wenn sie an Sie herangetragen werden, sich zu melden. Mein Haus ist sehr dankbar für solche Informationen, damit wir dem nachgehen können.

Hier aber pauschal zu behaupten, die Landesregierung hätte es bei einem solchen Vorfall bei einer lapidaren Erklärung auf der Homepage belassen, finde ich schwierig. Deshalb war es mein Bedürfnis, das zu korrigieren. Das ist auch gar kein Vorwurf in Ihre Richtung. Ich biete Ihnen noch einmal an, wenn es Probleme gibt: Wir sind dankbar dafür, darauf aufmerksam gemacht zu werden, damit wir Probleme abstellen können.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenbemerkung der Frau Abgeordneten Pauls? - Ja.

**Birte Pauls [SPD]:** Wie ich eben in meiner Rede ausgeführt habe, gibt es Bundesländer,

die vonseiten der Landesregierung sämtliche Lagerbestände testen lassen. Haben Sie Überprüfungen in Auftrag gegeben, um eventuell andere fehlerhaften Masken zu erkennen und diesen Skandal sozusagen abzuschaffen?

**Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:**

Frau Abgeordnete Pauls, wir kontrollieren selbstverständlich - stichprobenartig - seit Beginn der Pandemie die persönliche Schutzausstattung. Wir sind gerade in einem laufenden Austauschprozess auch mit dem Bund, um dieses komplett aufklären zu können.

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 19/2750 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Damit ist auch der Tagesordnungspunkt erledigt.

Wir kommen dann zur Abstimmung zum Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2763. Es ist beantragt worden, diesen Antrag dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das sehe ich nicht. Dann ist dieser Antrag einstimmig überwiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2021**

Gesetz der Landesregierung  
Drucksache 19/2401

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses  
Drucksache 19/2773

Ich erteile dem Berichterstatter des Finanzausschusses, dem Abgeordneten Stefan Weber, das Wort.

**Stefan Weber [SPD]:**

Frau Präsidentin! Es handelt sich um die Änderung des Haushaltsbegleitgesetzes. Bei uns ist das eben anders angekommen. Ich denke aber, die Vorlage liegt allen vor, von daher verweise ich auf die Beschlussvorlage.

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Herzlichen Dank, Herr Berichterstatter. - Gibt es Wortmeldungen zu diesem Bericht? Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2021, Drucksache 19/2401, um die Artikel 7 bis 10 zu ergänzen und dem Finanzausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen.

Ich lasse zunächst über die Ergänzung des Haushaltsbegleitgesetzes abstimmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die Überweisung in den Finanzausschuss zur weiteren Beratung. Wer dem so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das Haushaltsbegleitgesetz so in den Ausschuss überwiesen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der heutigen Sondersitzung angekommen.

Ich möchte noch bekanntgeben: Die nächste Tagung, die 44. Tagung des Landtags, beginnt am Mittwoch, dem 24. Februar 2021, um 10 Uhr. Bis dahin alles Gute, bleiben Sie gesund!

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 14:45 Uhr**